Zeitschrift: Schweizer Raiffeisenbote : Organ des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen

Herausgeber: Schweizer Verband der Raiffeisenkassen

Band: 64 (1976)

Heft: 11

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.08.2025

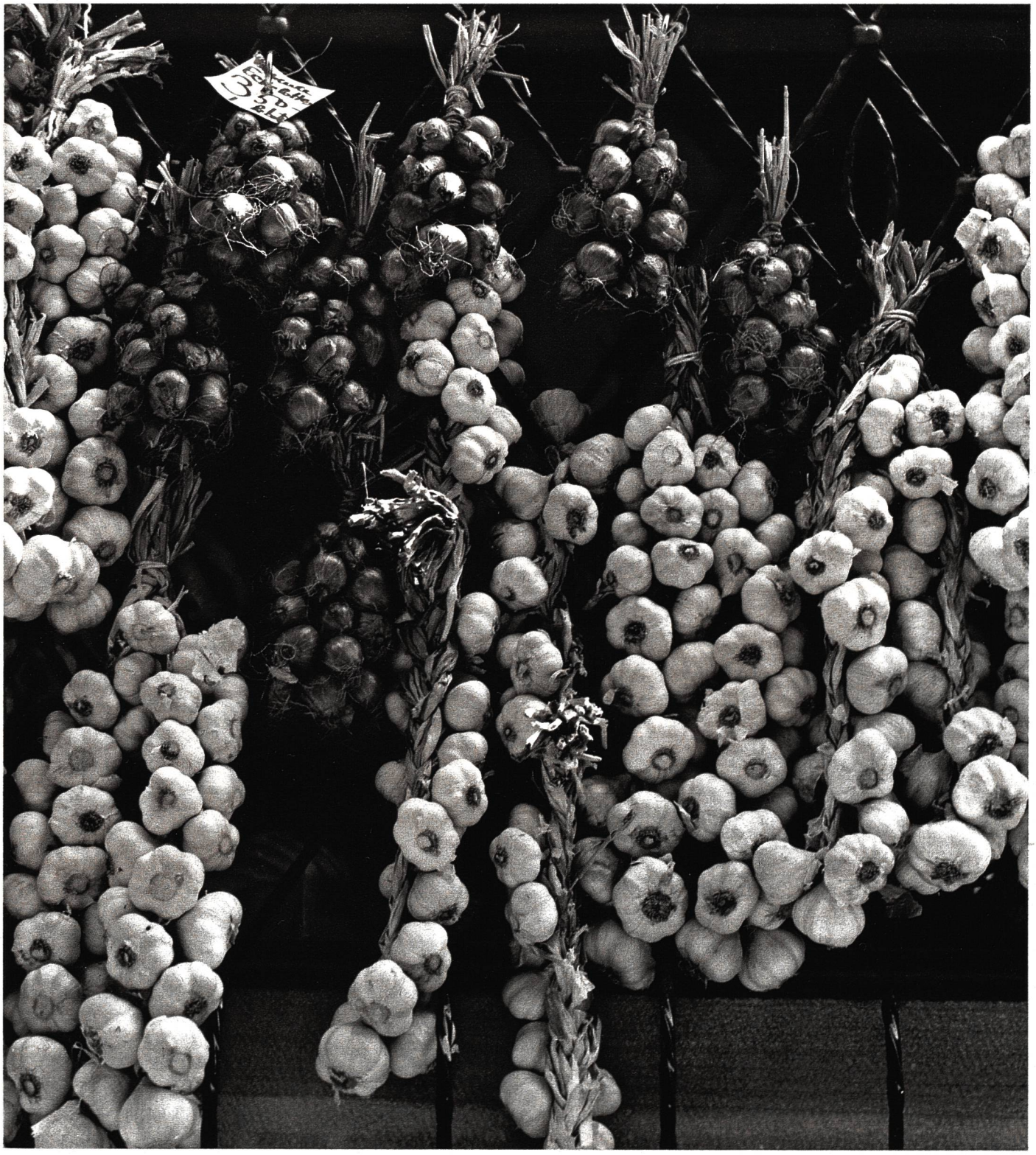
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SCHWEIZER RAIFFEISENBOTE

November 1976
64. Jahrgang
Erscheint monatlich
Auflage über 30 000

Organ des
Schweizer Verbandes
der Raiffeisenkassen

11



Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1975 (1. Teil)

1. Einleitung

Aufgrund von Art. 7 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen haben die Banken, die bankähnlichen und übrigen Finanzgesellschaften, die sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, sowie die bankähnlichen Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, der Schweizerischen Nationalbank ihre Jahresrechnungen (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) einzureichen. Ferner verlangt die Nationalbank von den genannten Institutionen ausführliche Jahresbilanzen sowie weitere zusätzliche Angaben über die Geschäftstätigkeit. Der Hauptzweck der Vorschriften über die Einreichung dieser Daten besteht darin, der Nationalbank einen Überblick über die Gesamtlage des schweizerischen Bankwesens zu verschaffen, um ihr die Erfüllung der geld-, kredit- und währungspolitischen Aufgaben zu erleichtern.

Im soeben erschienenen neuen Jahrbuch «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1975» legt die Nationalbank aufgrund der eingeforderten Angaben ein umfassendes, kommentiertes Zahlenwerk zur Entwicklung des Geld- und Bankwesens für das vergangene Jahr vor. Erstmals wird auch umfangreiches Zahlenmaterial über die Auslandverflechtung der Schweizer Banken — rückwirkend zum Teil bis 1935 — veröffentlicht. Besonders zu erwähnen ist auch die Veröffentlichung des Zahlenmaterials aufgrund einer Sondererhebung über Kleinkredite.

Die Bankenstatistik 1975 erstreckt sich auf 453 Banken und Sparkassen, 2 Raiffeisenkassenverbände mit 1186 angeschlossenen Kassen (Schweizer Verband der Raiffeisenkassen mit Sitz in St. Gallen, welchem Ende 1975 1172 Raiffeisenbanken und Raiffeisenkassen angeschlossen waren, sowie die Fédération vaudoise des caisses de crédit mutuel mit Sitz in Bassins, welcher Ende 1974 14 Kassen angehörten), 63 Finanzgesellschaften, 14 Filialen ausländischer Banken und 31 Privatbankiers.

2. Bilanzsumme und Treuhandgeschäfte

Ende 1975 bezifferte sich die Bilanzsumme der dem Bankengesetz unterstellten Banken und Finanzgesellschaften auf insgesamt 323 Mia Franken (vgl. Tab. 1). Die prozentuale Zunahme belief sich auf 12,7% gegenüber 3,6% im Jahre 1974 und 4,2% im Jahre 1973. In der Entwicklung der Bankbilanzen widerspiegelt sich einerseits der Konjunkturzyklus im Inland und anderseits der Verlauf der Geschäftstätigkeit mit dem Ausland. Die Bilanzsummenentwicklung allein gestattet jedoch keine nähere Beurteilung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Die Bilanzsummen der Banken sind in der Regel auch bedeutend grösseren Schwankungen unterworfen als die Bilanzsummen von Handels- und Industrieunternehmen. Ihre Aussagekraft als Gradmesser für die Grösse eines Institutes variiert je nach Banktyp. Die Bilanzsumme ist ein relativ zuverlässiger Massstab für die Grösse der Regionalbanken und Sparkassen, deren Geldbewegungen im Verhältnis zur Bilanzsumme vergleichsweise schwach sind. Geringer ist ihre Aussagekraft bei den Handels- und Kleinkreditbanken, während die Bewegung der Bilanzsumme bei den auf Börsen-, Effekten- und Vermögensverwaltungsgeschäfte spezialisierten Instituten dem Geschäftsgang gegenläufig sein kann, indem sich in Zeiten der Geschäftsflaute ansehnliche Mittel der Kundschaft anzusammeln pflegen und die Bilanzsumme hochtreiben, während bei günstiger Konjunktur diese Gelder im Wertschriftengeschäft eingesetzt sind, so dass die Bilanzsumme zurückfällt. Sodann sagt die Bilanzsumme nichts aus über den Umfang der von den Banken getätigten Dienstleistungen (Vermittlung des Zahlungsverkehrs, An- und Verkauf von Wertschriften, Depotgeschäft und Kundenberatung usw.).

Der im Jahre 1974 erfolgte rezessive Einbruch in die schweizerische Wirtschaft hat sich im Jahre 1975 weiter beschleunigt. Unter den Auswirkungen der rückläufigen Nachfrage und der sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen traten strukturelle Schwächen hervor, die lange Zeit durch die anhaltende und inflatorische Nachfrageexpansion verdeckt worden waren. Damit setzte ein Anpassungsprozess ein, der zahlreiche Betriebe, die bisher von der Expansion und der bevorzugten internationalen Konkurrenzstellung der Schweiz profitierten, zwang, sich umzustellen, einzuschränken oder ihre Tätigkeit ganz einzustellen. Auf der anderen Seite bewirkte die markante Abschwächung der industriellen und gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen einen massiven Rückgang der Importe, der die Exportabschwächung bei weitem übertraf. So schrumpfte das traditionelle Handelsbilanzdefizit trotz der rückläufigen Exportkonjunktur weitgehend zusammen. In der zweiten Jahreshälfte 1975 verlangsamte sich der Konjunkturabschwung. Vor allem in der Industrie begann sich die Produktion auf niedrigerer Stufe zu stabilisieren. In einzelnen exportorientierten Zweigen war eine leichte Erholung des Auslandabsatzes zu verzeichnen. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im Jahre 1975 gegenüber dem Vorjahr um 7,3% ab. Das ist der stärkste Rückschlag der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg. Positiv zu vermerken ist demgegenüber das Nachlassen des inflationären Lohn- und Preisauftriebes. Der im Herbst 1974

Tabelle 1

Entwicklung der Bilanzsumme der Banken und Finanzgesellschaften 1966–1975

(Stand am Jahresende in Millionen Franken)

	1966	1968	1970	1972	1974	1975
Kantonalbanken	33 379,1	39 934,3	47 558,2	57 855,6	67 106,3	74 612,4
Grossbanken	36 700,1	57 127,2	94 357,4	121 256,4	125 811,1	146 996,9
Regionalbanken und Sparkassen	21 124,9	23 288,8	27 280,1	32 344,6	34 800,0	37 459,1
Darlehenskassen	3 418,3	4 050,9	4 866,4	6 203,1	7 810,0	8 607,3
Übrige Banken	10 211,2	16 143,1	22 812,2	31 663,2	35 459,6	39 605,3
Finanzgesellschaften	2 304,5	2 805,3	5 688,1	7 318,3	7 520,7	7 679,4
Filialen ausländischer Banken	1 997,0	3 071,3	4 901,3	6 164,3	5 718,3	5 877,9
Privatbankiers	1 770,1	2 529,3	2 486,8	2 690,7	2 450,1	2 124,9
Total	110 905,2	148 950,3	209 950,5	265 496,7	286 676,1	322 963,2

eingetretene Kursanstieg des Schweizer Frankens am freien Devisenmarkt blieb im Jahre 1975 im wesentlichen bestehen, obwohl die Nationalbank durch umfangreiche Devisenkäufe und verschärfte Abwehrmassnahmen intervenierte. Trotz aller Bemühungen, dem Aufwertungsdruck des Frankens entgegenzuwirken, fiel der Dollarkurs Ende Januar 1975 in der Schweiz auf einen absoluten Tiefstand von 2,385 Franken.

Werden die Banken und Finanzgesellschaften nach der Höhe ihrer Bilanzsumme gegliedert (vgl. Tab. 2), so zeigten sich 1975 im Vergleich zum Vorjahr weder bei der Verteilung der Banken nach ihrer Anzahl noch nach ihrer Bilanzsumme nennenswerte Verschiebungen. Ende 1975 wiesen 97,5% aller Institute Bilanzsummen unter einer Milliarde Franken auf; ihr Anteil am Bilanzsummentotal betrug dagegen nur 23,1%.

Aus der Aneinanderreihung der Banken nach der Höhe ihrer Bilanzsumme und der anschliessenden Bildung von Grössenklassen lassen sich Hinweise auf die Konzentration im Bankensystem ableiten. Von 1945 bis 1975 vollzog sich in der Verteilung der globalen Bilanzsumme auf die einzelnen Bankengruppen eine starke Umschichtung, die namentlich von der Ausweitung der Bilanzsumme der Grossbanken und von der Gründung der in der Gruppe der Übrigen Banken eingereihten ausländisch beherrschten Banken herrührt (vgl. Tab. 3). Der nach wie vor zunehmende Anteil der Grossbanken vollzog sich vor allem im Verlaufe der letzten zehn Jahre, und zwar im wesentlichen zu Lasten der Regionalbanken und Sparkassen sowie der Kantonalbanken. Die anhaltende Hochkonjunktur, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland und die Entstehung internationaler Geldmärkte waren dem Konzentrationsprozess förderlich. Ferner ist zu berücksichtigen, dass eine Reihe juristisch selbständiger Institute effektiv Tochterinstitute von Grossbanken sind. Dies gilt vor allem für einige Institute in der Gruppe der Übrigen Banken. Das Kriterium der Bilanzsummenentwicklung stellt indessen zusammen mit jenem der Erhöhung des Eigenkapitals und der Ausdehnung des Bankstellennetzes lediglich einen sehr allgemeinen Indikator der Konzentrationsbewegung im schweizerischen Bankwesen dar. So widerspiegelt sich insbesondere die unterschiedliche Bedeutung der Dienstleistungsgeschäfte nicht in den Bilanzsummen.

Die Treuhandgeschäfte bezifferten sich Ende 1975 auf insgesamt 52,3 Mia Franken. Sie stiegen im Jahre 1975 um

Tabelle 2
Banken nach Höhe der Bilanzsumme Ende 1974 und 1975

Bilanzsummenklassen in Millionen Franken	Anzahl Institute 1974	Anzahl Institute 1975	*Bilanzsumme* in Millionen Franken 1974	*Bilanzsumme* in Millionen Franken 1975
bis 1	101	90	62,2	57,5
1–5	654	627	1 803,6	1 780,2
5–10	274	290	1 932,1	2 058,6
10–20	222	219	3 178,6	3 122,3
20–50	181	194	5 819,9	6 199,8
50–100	90	97	6 401,0	6 828,5
100–500	153	157	32 572,0	34 872,3
500–1000	31	29	20 879,2	19 643,4
über 1000	40	44	214 009,5	248 400,6
Total	1746	1747	286 676,1	322 963,2

Tabelle 3
Prozentuale Verteilung der Bilanzsumme Ende 1945, 1960 und 1975

Gruppe	1945	1960	1975
	in Prozent		
Kantonalbanken	41,2	34,1	23,7
Grossbanken	25,7	30,1	46,6
Regionalbanken und Sparkassen	24,6	21,5	11,9
Darlehenskassen	3,4	3,4	2,7
Übrige Banken	2,8	7,4	12,5
Filialen ausländischer Banken	0,4	1,2	1,9
Privatbankiers	1,9	2,3	0,7
Total	100,0	100,0	100,0

SCHWEIZER RAIFFEISENBOTE 11

November 1976
64. Jahrgang

Organ des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen

Herausgeber und Verlag
Schweizer Verband der Raiffeisenkassen
Vadianstrasse 17, 9001 St. Gallen
Telefon 071 20 91 11
Telex RKSG 71231 ch
Redaktion
Dr. A. Edelmann, Direktor
Redaktionelle Zuschriften:
Schweizer Verband der Raiffeisenkassen,
Vadianstrasse 17, 9001 St. Gallen
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet
Druck und Versand
Walter-Verlag AG, 4600 Olten
Telefon 062 21 76 21
Inserate
Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen
Telefon 071 22 26 26
sowie sämtliche ASSA-Filialen
Adressänderungen
Ausschliesslich durch die Raiffeisenkassen und mit vorgedruckter grüner Mutationskarte direkt an
Walter-Verlag AG, Abteilung EDV
Postfach, 4600 Olten 1

Aus dem Inhalt

Zur Wirtschafts- und Geldmarktlage Seite 293
Die Emissionstätigkeit des öffentlichen Bereichs Seite 296
Dezentralisierende Tendenz in der Struktur der öffentlichen Ausgaben Seite 298
Zerreissprobe für die Bundesfinanzen Seite 299
Die Ecke der Verwalterinnen und Verwalter Seite 301
Bilanz der Zentralbank Seite 303
Tagungen der Zentralschweizer Seite 304
der Urner Seite 305
der Deutschfreiburger Seite 306
der Deutschberner Seite 307
der St. Galler Seite 309
der Seeländer und Schwyzer Seite 310
Entwicklung der Raiffeisenkasse Tägerwilen TG Seite 312

15,7%, gegenüber 6,6% 1974 und 25,3% 1973. Der grösste Teil der Treuhandgeschäfte entfiel wie üblich auf das Ausland. In der Struktur der Treuhandgeschäfte hat im Jahre 1975 insofern eine Verschiebung stattgefunden, als der Anteil der Schweizer Franken-Guthaben und -Verpflichtungen von 23% Ende 1974 auf 8,7% zugunsten der Fremdwährungs-Guthaben und -Verpflichtungen zurückgegangen ist. Eine analoge Umschichtung hat sich auch in der Struktur der Bankbilanzen vollzogen. Der Anteil der Schweizer-Franken-Guthaben und -Verbindlichkeiten der Banken reduzierte sich von 76,8% bzw. 78,4% Ende 1974 auf 73,1% bzw. 76,4% Ende 1975.

3. Zunehmende Auslandverflechtung der Schweizer Banken

Das Auslandgeschäft der Schweizer Banken wird weder im Bankengesetz noch in der Literatur näher definiert. Grundsätzlich werden all jene Bankoperationen dazugezählt, die mit im Ausland domizilierten Gläubigern und Schuldnern abgewickelt werden. Seit 1960 hat sich die Schweiz als internationaler Finanzplatz sprunghaft entwickelt. Seit diesem Zeitpunkt flossen in wachsendem Umfange ausländische Gelder in die Schweiz, die hier eine sichere Anlage fanden. Gleichzeitig hat die ebenfalls zu Beginn der sechziger Jahre einsetzende Entstehung des Euromarktes die monetäre Verflechtung mit dem Ausland in wesentlichem Masse gefördert. Wann immer Spannungen in der internationalen Politik, in der Wirtschaft oder auch auf dem Gebiet der Währungen auftraten, führte dies zu vermehrten Mittelzuflüssen aus dem Ausland nach der Schweiz. Dabei spielte auch die Leistungsfähigkeit des Bankensystems und die vom schweizerischen Rechtssystem gewährleistete Sicherheit und Diskretion eine gewisse Rolle. Gefördert wurde die Verflechtung des Bankwesens mit dem Ausland jedoch vor allem auch dadurch, dass die Schweiz infolge ihrer Kleinheit über nicht genügend Anlagemöglichkeiten verfügt, so dass brachliegende schweizerische Ersparnisse und die vom Auslande den Banken anvertrauten Mittel auf den internationalen Geldmärkten angelegt werden müssen.

Der Grad der Auslandverflechtung der Banken spiegelt sich im Umfang ihrer Auslandguthaben und -verpflichtungen. Anlässlich der ersten statistischen Erfassung per Ende 1935 war die Auslandverflechtung der Banken relativ hoch: Die Auslandguthaben betrugen 10,6%, die Auslandverpflichtungen 5,1% der Bilanzsumme bei einem Überschuss der Auslandaktiven über die Passiven von 964 Mio Franken. Noch 1935 gingen die Auslandguthaben und -verpflichtungen sukzessive zurück und erreichten am Ende des Zweiten Weltkrieges ihren tiefsten Stand. Bis 1960 erhöhte sich die Auslandverflechtung nur zögernd. Danach stieg sie dann aber in zunehmendem Masse an und erreichte 1975 mit einem Aktivüberschuss von 24,5 Mia Franken ihren bisherigen Höhepunkt. Die Auslandverbindlichkeiten erhöhten ihren Bilanzsummenanteil von 6,8% Ende 1945 auf 27,3% Ende 1975. Die durchschnittliche Jahreszuwachsrate 1945–1975 betrug 15%. In noch stärkerem Ausmass sind die Auslandforderungen gestiegen, welche im Lauf der letzten dreissig Jahre mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 16,4% ihren Anteil an der Bilanzsumme von 6,2% Ende 1945 auf 34,8% Ende 1975 erhöhten. Dem sprunghaften Anstieg der Auslandguthaben und -verpflichtungen folgte eine ebenso deutliche Wachstumsabschwächung in den Jahren 1969 bis 1974. Dazu haben zweifellos die angesichts der unverhältnismässigen Ausweitung der ausländischen Mittelzuflüsse unvermeidlich gewordenen behördlichen Beschränkungen beigetragen. Das zusätzliche Auslandvermögen der Banken ist im wesentlichen bei Banken im Ausland angelegt worden. Die kommerziellen Kredite und der Bestand an ausländischen Wertschriften blieben praktisch unverändert. Dem Nettokapitalexport über die Banken steht ein Nettokapitalimport des Nicht-Banken-Sektors von 7,5 Mia Franken gegenüber. In dieser gegenläufigen Entwicklung widerspiegelt sich der rezessionsbedingte Rückgang der Anlagemöglichkeiten im Nicht-Banken-Bereich der Schweiz, der zu einem Überangebot an Kapital führte.

Vom gesamten Auslandgeschäft der Banken entfielen Ende 1975 rund die Hälfte, d.h. 51% der Anlagen und 47% der Verpflichtungen, auf fünf Länder, nämlich das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland. Ein Passivüberschuss stand vor allem gegenüber den Mittelostländern Irak, Iran, Jordanien, Kuwait und anderen Gebieten am Persischen Golf sowie Saudi-Arabien, aber auch gegenüber Italien, Spanien und

auffallenderweise gegenüber Liechtenstein. Wieweit die Auslandverflechtung der Banken durch Erdölgelder beeinflusst wurde, ist eine Frage, die sich statistisch nicht beantworten lässt.
Das Anschwellen der ausländischen Gelder hat in Verbindung mit der Zunahme der inländischen Einlagen während der letzten Jahre zahlreiche Banken dazu gezwungen, ihre Eigenmittel im Sinn der seit der Revision von 1972 verschärften bankengesetzlichen Bestimmungen wiederholt den veränderten Verhältnissen anzupassen. Da der Äufnung offener Reserven durch die Ertragskraft der Institute, die Erfordernisse einer gesunden Dividendenpolitik sowie durch die Notwendigkeit der Bildung stiller Reserven Grenzen gesetzt sind, sahen sich vor allem die auslandorientierten Banken veranlasst, in verhältnismässig kurzen Zeitabschnitten ihr Aktienkapital beträchtlich aufzustocken. Die Relation der vorhandenen zu den geforderten eigenen Mitteln hat sich im Jahre 1975 gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt aller Banken leicht vermindert.
Das aus dem Ausland zuströmende Kapital wirft für die Banken nicht nur Probleme hinsichtlich der optimalen Höhe ihrer Eigenmittel auf; es erfordert von ihnen auch eine besonders vorsichtige Anlagepolitik. Das Fehlen eines aufnahmefähigen schweizerischen Geldmarktes hat zur Folge, dass die Banken grundsätzlich vor die Wahl gestellt werden, ihre kurzfristigen ausländischen Mittel entweder unverzinslich bzw. zu einem niedrigen Zins in der Schweiz zu belassen oder sie zu höheren Erträgnissen an ausländischen Märkten zu investieren.

4. Entwicklung und Struktur der Aktiven

Das Aktivgeschäft der Schweizer Banken hat sich im Jahre 1975 stark ins Ausland verlagert. Die im Inland infolge des grossen Zuflusses an Banken- und längerfristigen Kundengeldern sowie der geringen Kreditnachfrage entstandenen Finanzierungsüberschüsse wurden von den Banken weitgehend im Ausland angelegt. Der Anteil der Auslandaktiven am Bilanzsummentotal stieg von 32,4% Ende 1974 auf 34,8% Ende 1975.
Bei den Krediten und Anlagen des schweizerischen Bankensystems stehen dem Betrage nach die kommerziellen Kredite an erster Stelle. Ende 1975 bezifferten sich diese Kredite bei allen Banken und Finanzgesellschaften auf insgesamt 99811 Mio Franken; das sind 31,9% der gesamten Guthaben. Der Anteil der kommerziellen Auslandkredite betrug 38285 Mio Franken oder 38,4% der gesamten kommerziellen Kredite. Die Zunahme der an Ausländer gewährten kommerziellen Kredite erreichte 1975 12,1% gegenüber 2,7% 1974. Die Zuwachsrate der inländischen kommerziellen Kredite war im Berichtsjahr mit 10,1% wesentlich stärker als im Vorjahr (3,3%).
Die Bankendebitoren auf Sicht und Zeit standen an zweiter Stelle. Besonders ins Gewicht fiel die ausserordentlich starke Zunahme der ausländischen Bankendebitoren auf Zeit; jene auf Sicht reduzierten sich leicht. Insgesamt erhöhte sich der Überschuss der Guthaben bei ausländischen Banken über die Schulden von 50,6 Mia Franken Ende 1974 auf 25,5 Mia.
An dritter Stelle folgen die Hypothekarkredite (einschliesslich der festen Vorschüsse und Darlehen gegen hypothekarische Deckung). Sie bezifferten sich Ende 1975 auf insgesamt 85718 Mio Franken, das sind 27,4% aller Bankguthaben. Der Anteil der an Ausländer gewährten Hypothekarkredite betrug mit 523 Mio nur 0,6% der gesamten Hypothekarkredite. Die inländischen Hypothekarkredite erhöhten sich im Berichtsjahr um 9,7% auf 85195 Mio Franken. 1974 betrug diese Zuwachsrate 9,2%.
An vierter Stelle folgt die Position Kassa, Giro- und Postcheckguthaben, die sich im Berichtsjahr um 13,1% auf 14387 Mio Franken erhöhte.
Besonders erwähnt sei die Veröffentlichung der Ergebnisse der Sondererhebung über die von Banken gewährten Kleinkredite. Im Rahmen der Sondererhebung wurden von den Banken Ende 1975 279262 Kleinkredite im Betrage von zusammen 1124 Mio Franken gemeldet. Von den einzelnen Bankengruppen stehen die Institute für Kleinkredite, Abzahlungsgeschäfte und Konsumfinanzierung (Kleinkreditbanken) sowohl nach dem Betrag als auch nach der Anzahl der gewährten Darlehen an der Spitze. Der Durchschnittsbetrag eines Kleinkredites belief sich auf 4025 Franken. Dabei handelt es sich nicht um die durchschnittlich eingeräumte Kreditsumme, sondern um den im Mittel beanspruchten Betrag. Das Hauptgewicht der Kleinkredite, d. h. 59,4% aller Kredite, liegt bei Darlehen bis zu 7500 Franken. Die Bilanzsumme der 14 Kleinkreditinstitute belief sich Ende 1975 auf 1643 Mio Franken, wobei die Debitoren und Wechsel zusammen 1351 Mio ausmachten. Die Kleinkredite von 986 Mio Franken entsprachen demnach 60% der Bilanzsumme und 73% des Debitoren- und Wechselbestandes dieser Spezialinstitute. Seit der letzten Erhebung der Nationalbank im Jahre 1968 erfuhr das Kleinkreditgeschäft eine namhafte Ausweitung. Die Zahl der ausstehenden Kleinkredite hat um 76925 auf 279262 zugenommen, und der Gesamtbetrag der am Jahresende ausstehenden Kredite stieg von 473 Mio Ende 1968 auf 1124 Mio Franken Ende 1975. Hiezu hat allerdings die Heraufsetzung der definitorischen Obergrenze von 10000 auf 25000 Franken wesentlich beigetragen. *TW*

(Schluss folgt)

Zur Wirtschafts- und Geldmarktlage

Die um die Jahreswende 1975/76 eingetretene positive Tendenzumkehr in der schweizerischen Konjunktur hat bis anhin nur zu einem bloss zögernden wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Einem schwachen Wiederanstieg der wertmässigen Exporte, einer leichten Belebung des privaten Konsums und einem vermutlich zum Abschluss gekommenen Lagerabbau in der Industrie steht ein fortgesetzter Rückgang der Anlageinvestitionen gegenüber. Demzufolge blieben der Produktions- und auch der Importanstieg konjunkturell eher bescheiden. Die leichte Zunahme der Kapazitätsauslastung in der Industrie führte immerhin zu einer gewissen Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Bei den schweizerischen Arbeitsämtern waren Ende September 1976 insgesamt 12991 Ganzarbeitslose eingeschrieben, das heisst 1100 oder 7,8% weniger als Ende des Vormonates. 3432 oder 26,4% dieser registrierten Ganzarbeitslosen sind Ausländer. Der Anteil der Ganzarbeitslosen an der aktiven Bevölkerung betrug Ende September 1976 etwa 0,4%. Die Zahl der beim öffentlichen Arbeitsnachweis gemeldeten offenen Stellen belief sich Ende September 1976 auf 4768. Am meisten Ganzarbeitslose registrierte das BIGA bei den kaufmännischen und Büroberufen. Es folgten die Metallbearbeitung, die technischen Berufe, das Geistes- und Kunstleben, die Uhrmacherei und Bijouterie, die Bauberufe, die graphischen Berufe, die gastgewerblichen Berufe, der Verkehrsdienst sowie Gesundheits- und Körperpflege.
Die Ertragslage der Unternehmungen hat sich noch nicht entscheidend ver-

bessert. Zwischen Januar und September 1976 ist die Zahl der Konkurse von im Handelsregister eingetragenen Firmen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode von 700 auf 789 gestiegen. Die Konkurseinstellungen erhöhten sich von 227 auf 346. 148 bestätigten Nachlassverträgen stehen 107 des Vorjahres gegenüber.

Die Stützungsmassnahmen der öffentlichen Hand vermochten wohl den Rückgang der Investitionstätigkeit im industriell-gewerblichen Bereich sowie im Wohnungsbau etwas abzuschwächen oder teilweise auch aufzuhalten, jedoch keine Erholung auszulösen. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres sank die Zahl der neuerstellten Wohnungen in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern gegenüber dem Vorjahr um 42,7% auf 13 301 Einheiten. Etwas weniger als drei Viertel der neuerstellten Wohnungen entfielen auf Mehrfamilienhäuser, je 13% auf Einfamilienhäuser und auf die übrigen Gebäudearten. Die Zahl der Ende Juni 1976 im Bau befindlichen Wohnungen betrug 27 319 Einheiten, was in Anbetracht des hohen Leerwohnungsbestandes aber eine recht beachtliche Wohnbautätigkeit darstellt. Bei den Neu- und Erweiterungsbauten in der Industrie scheint sich, nach der Zahl der bewilligten Planvorlagen zu schliessen, eine gewisse Stabilisierung der Entwicklung abzuzeichnen. Dabei handelt es sich vor allem um Renovationen und Umbauten und kaum um Erweiterungen. Diese Gesamtsituation treibt die Bauwirtschaft nicht nur in eine momentane Enge, sondern kann auch Anlass für eine kritische Zukunft dieser Branche sein. Es ist nämlich begreiflich, dass die junge Generation, aufgrund der Entwicklung der beiden letzten Jahre, keine Lust mehr verspürt, in Bauberufe einzusteigen. Dadurch dürften inskünftig in diesen Berufszweigen qualifizierte Facharbeiter je länger je mehr fehlen. Schon heute ist es vielfach schwierig, für ansprechende Renovationen die richtigen Leute zu finden. Dazu kommt, dass die ab 1980 ins Berufsleben eintretenden Jahrgänge stetig abnehmen (Pillenknick 1964) und dann unter Umständen in der ganzen Wirtschaft ein Rennen um Lehrlinge anheben kann, wobei die Baubranchen wegen ihrer harten Berufe entweder benachteiligt sein werden oder tiefer in den Sack langen müssen. Der Mangel an gutausgebildeten Bauarbeitern kann mit anderen Worten dereinst ein ebenso grosses Problem sein wie heute das Finden von Aufträgen. Fachleute können eben in viel kürzerer Zeit abgebaut als ausgebildet werden.

Aufgrund der eingangs erwähnten schwachen konjunkturellen Erholung könnte die Frage auftauchen, ob der Konjunkturzyklus sich bereits wieder dem oberen Wendepunkt nähere. Zu einer derartigen pessimistischen Fragestellung besteht kaum Anlass. Mehrheitlich herrscht die Meinung vor, dass sich die Wirtschaft — weltweit gesehen — in einer Konsolidierungsphase befindet, aus der heraus das Wachstum künftig weiter, wenn auch bloss langsam, voranschreiten wird, dann jedoch — und das wäre für eine gesunde Weiterentwicklung bloss von gutem — nicht mehr ausschliesslich von Lageraufstockungen, von der öffentlichen Nachfrage und vom privaten Konsum angetrieben werde, sondern vermehrt von Investitionen. Für das vierte Quartal 1976 rechnet denn auch die schweizerische Industrie aufgrund einer Umfrage mit einer merklichen Besserung des Geschäftsganges. Die Unternehmen beurteilen die künftige Konjunkturentwicklung zuversichtlich, wobei allerdings je nach Branche deutliche Unterschiede bestehen. Als Folge des steigenden Bestellungseinganges planen zwei Drittel der befragten Unternehmungen eine Ausdehnung der Produktion. Im Zuge dieser Expansion wird sich auch die Kapazitätsauslastung leicht erhöhen. Dadurch dürfte auch der Abbau der Personalbestände zum Stillstand kommen. Mit Entlassungen ist wohl nur noch in Einzelfällen, vor allem in strukturschwachen Branchen, zu rechnen. So sehen nur noch 2% der befragten Unternehmungen erstmalige oder erneute Entlassungen vor. Die Personalbestände dürften bei mehr als 40% der Betriebe unter dem Vorjahresstand liegen. Anderseits beabsichtigt gut ein Drittel der Befragten, neue Arbeitskräfte einzustellen.

Für die schweizerische Wirtschaft bleibt die internationale Entwicklung nicht ohne Einfluss. Die Auslandnachfrage, die wesentlich zur Überwindung des tiefsten konjunkturellen Einbruchs der Nachkriegszeit beigetragen hat und nach wie vor zur Hauptsache die Belebung der Wirtschaftstätigkeit nährt, dürfte der einzige Auftriebsfaktor für die schweizerische Exportindustrie im kommenden Jahr sein. Bei dieser Erwartung ist jedoch einerseits die Verlangsamung im Wirtschaftswachstum jener Lander zu bedenken, nach denen die Schweizer Exportindustrie ihre Lieferungen besonders hat steigern können (z. B. USA, Kanada, Deutschland, Frankreich und Italien), anderseits kommt dazu, dass diese Mehrexporte zu einem guten Teil unter erheblichen Preiskonzessionen «erkauft» worden sind. Egal welche Überlegungen jeweils dahinterstecken, ob es nur darum ging, Marktanteile um jeden Preis zu halten, ob man die Beschäftigung auf einem bestimmten Niveau aufrechterhalten wollte, oder beides zusammen und alles in der Erwartung, die Gewinnspannen könnten später wieder aufgebessert werden. Preiszugeständnisse, zumal wenn sie so weit gehen, dass keine Vollkostenrechnung mehr gegeben ist, bedeuten Substanzverzehr, und dieser lässt sich nicht beliebig weiterführen. Als Konsequenz ergibt sich daraus, dass in naher Zukunft verschiedene Unternehmungen eine neue Standortbestimmung vornehmen und als Folge davon ihre Marktanteile beschneiden müssen. Diese abzutrennenden Marktanteile sind viellfach unter dem Regime des lange Zeit unterbewerteten Frankens angefallen. Diese neue Standortbestimmung der Exportbetriebe kommt nun um so eher, als sich doch mittlerweile allenthalben die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der hohe Frankenkurs ein Strukturelement ist, mit dem es auf die Dauer zu leben heisst. Wohl ist die tiefe schweizerische Inflationsrate dazu angetan, die wechselkursmässigen Wettbewerbsnachteile zu mildern, aber sie neigt auch dazu, den Aufwertungsdruck auf den Franken an den Devisenmärkten zu verstetigen.

Die Entwicklung des Indexes der Konsumentenpreise gehört aber trotz obiger Einschränkung zu den erfreulichen Tatsachen. Die Teuerungsrate der Schweiz vom September 1976 konnte in der Tat einen sechzehnjährigen Rekord brechen. Erstmals seit März 1960 sank sie unter die 1%-Marke, nämlich auf 0,9%. Dieser tiefe Stand ist beeindruckend, betrug die Teuerung doch noch vor zwei Jahren (September 1974) 11,3% und vor einem Jahr 5,4%. Im Vergleich zu anderen bedeutenden Industrienationen ist sie mit Abstand die geringste. Die Teuerung in der Bundesrepublik Deutschland beträgt beispielsweise 4%. Nicht umsonst werden deshalb die Leistungen der schweizerischen Konjunkturpolitik im Ausland mit Bewunderung zur Kenntnis genommen.

Die erfolgreiche Bekämpfung ging bekanntlich aber nicht ohne Opfer seitens der schweizerischen Wirtschaft. Es sei an die Einbusse des Bruttosozialproduktes von 7% im letzten Jahr und an die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt erinnert. Noch gravierender waren die Folgen auf den Frankenkurs, der im Gefolge dieser Entwicklung zur härtesten Währung der Welt wurde. Der teure Franken ist damit zu einer Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie geworden.

Diese aus der Teuerungsbekämpfung entstandenen Nachteile werden dennoch von den Vorteilen übertroffen. Die früher oft zitierte Theorie der «Inflation auf schwachem Feuer», welche die Konjunktur auf stetem Trab halten sollte, erwies sich als Trugschluss. Die leicht geschürte Inflation entwickelte nämlich eine Eigendynamik, welche die Beschäftigungslage, anstatt zu verbessern, nur noch verschlimmerte. Der hohe Preis zurück zur Stabilität hat sich aber gelohnt. Es ist Sorge zu tragen,

dass das jetzige Preisniveau in Zukunft aufrechterhalten werden kann. Wenn heute die Entwicklung des Landesindexes der Konsumentenpreise als positives Ereignis gewürdigt werden kann, dann aber nur mit dem Hinweis auf die noch ungelösten Probleme, die uns die Rezession beschert beziehungsweise die sie verstärkt hat: Arbeitsplatzsicherung bei Defiziten in den Kassen von Staat und Wirtschaft, Sicherung der Sozialwerke bei nur stagnierendem Wirtschaftswachstum. Probleme, deren Lösung durch die Überwindung der Inflation zwar erleichtert, aber nicht abschliessend geregelt wird. Nach den Erwartungen des Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank, Dr. Fritz Leutwiler, dürfte sich die Inflationsrate in der Schweiz im kommenden Jahr bei ein bis zwei Prozent halten lassen. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei ein ausgeglichener Bundeshaushalt.

Der Kapitalmarkt befindet sich in unverändert flüssiger Verfassung. Die Neuemissionen werden regelmässig hoch überzeichnet. Die Kapitalbedürfnisse der Wirtschaft gelten als weitgehend konsolidiert, und in Anbetracht ihrer geringen Investitionslust dürfte dies bis auf weiteres so bleiben. Angesichts der jüngsten Kursentwicklung bei den Schweizer Obligationen ist kaum mehr daran zu zweifeln, dass der nächste Zinsschritt bevorsteht. Konkret werden die Kantone (beispielsweise Bern mit einer Anleihe in der Höhe von 50 Mio Franken in der Zeit vom 12. bis 18. November) ihre nächsten Kapitalaufnahmen mit einem Couponsatz von 4¾% tätigen. Dieser Schritt liegt darin begründet, dass andere Schuldner, beispielsweise Kraftwerkgesellschaften, welche zinsmässig gewöhnlich ¼% schlechter eingestuft werden als sogenannte erstklassige Schuldner, Anleihen mit einem Zinssatz von 5% zu einem Kurs von über 100% sehr erfolgreich plaziert haben (beispielsweise CKW und Atel). Der Bund fasst aufgrund dieser Situation für die Ende November beabsichtigte Kapitalaufnahme in der Höhe von 500 Mio Franken einen Zinssatz von 4½% oder eventuell sogar von bloss 4¼% ins Auge. Die Chance des Bundes, eine langfristige 4½%-Anleihe herauszugeben, steigt, als die durchschnittliche Rendite von Bundesanleihen sich bereits dem Niveau von 4,6% nähert.

Im nach unten gerichteten Zinskarussell haben die Sätze für Kassenobligationen, welche bekanntlich im Vergleich zu den Anleihensobligationen eine bedeutend kürzere Laufzeit aufweisen, mit etwelcher zeitlicher Verzögerung eine erneute, die sechste Senkung in diesem Jahr erfahren; weitere Reduktionen dieser Sätze sind überdies nicht ausgeschlossen. Der Verband empfiehlt den angeschlossenen Raiffeiseninstituten, neue Kassenobligationen nur noch mit einem maximalen Couponsatz von 4½ bis höchstens 4¾% auszugeben.

Am kurzfristigen Markt sind die Renditen völlig unattraktiv. Die leichten Anspannungserscheinungen am Geldmarkt, die seit dem letzten Quartalsultimo (Ende September) während einiger Zeit noch zu beobachten waren, sind inzwischen weitgehend abgeklungen. Allerdings ist zu erwarten, dass sich der Geldmarkt angesichts des näherrückenden Jahresultimos nicht mehr derart extrem flüssig zeigen wird, wie das bis vor kurzer Zeit der Fall war. Es ist überdies anzunehmen, dass die Nationalbank eine grössere Verknappung kaum zulassen wird. Demzufolge dürfte sie bestrebt sein, bei der Deckung des saisonal bedingten zusätzlichen Mittelbedarfes eine grosszügige Haltung an den Tag zu legen, mit andern Worten wird die Nationalbank eher bereit sein, eine Überschreitung ihres geldmengenpolitischen Zieles in Kauf zu nehmen als eine konjunktur- und währungspolitisch unerwünschte Zinserhöhung.

Trotz der massiven Zinsbaisse befinden sich die Anleger derzeit aber in einer komfortablen Lage, indem sie auf Sparguthaben einen realen Zins von rund 2½% erzielen, während auf langfristigen Obligationen erster Schuldner noch eine Verzinsung von rund 4% zu erreichen ist. Diese für den Sparer günstige Situation ist dem fast vollständigen Zurückbinden der inflatorischen Kräfte zu verdanken. Wenn das schweizerische Zinsniveau heute wieder wesentlich tiefer liegt als jenes anderer Länder, so sind diese Zinsdifferenzen nur mit den unterschiedlichen Inflationsraten erklärlich. Wenn man die Realzinsen international vergleicht, also beispielsweise die Differenz zwischen Obligationenrendite und Teuerungsrate, stellt die Schweiz keine Niedrigzinsinsel dar. In der Bundesrepublik Deutschland bzw. den USA hat nämlich das Zinsniveau allein aus der Teuerungsdifferenz um 3 bzw. 4% höher zu liegen, was ziemlich genau der Realität des Marktes entspricht. Diese

Tatsache, dass die Schweiz real betrachtet heute nicht ein Niedrigzinsland ist, hat den Vizepräsidenten der Nationalbank, Generaldirektor Dr. Leo Schürmann, kürzlich zur Äusserung veranlasst, dass die Realverzinsung in der Schweiz zurzeit relativ hoch, im internationalen Vergleich vielleicht zu hoch sei. Wenn die Nationalbank daher eine erneute Senkung der Zinssätze anstrebt, so ist das in ihrem Kampf gegen Rezession und um Exportanteile, welcher eine Tiefhaltung von Inflation, Wechselkurs und Zinssätze erfordert, verständlich. Es gilt indessen auch den Standpunkt der privaten Sparer zu berücksichtigen, welche nach etlichen Jahren des Substanzverlustes endlich wieder in den Genuss einer Realverzinsung gelangt sind. Eine starke Reduktion des Realzinses würde daher zurzeit auf seiten der Sparer missbilligt und ohne Verständnis aufgenommen.
Im Zuge einer weiteren Zinssenkungsrunde wäre es durchaus möglich, dass anfangs des kommenden Jahres die per 1. Januar 1977 um ¼% zu senkenden Hypothekarzinsen zusätzlich um ¼% oder gar um ½% reduziert werden können. Zufolge einer derartigen Reduktion wäre dann aber nicht zu umgehen, dass die auf den 1. Januar 1976 ohnehin zu senkenden Zinssätze für Spareinlagen zusätzlich um ¼% oder ½% reduziert werden müssten.
Die tatsächliche Entwicklung des Zinsgefüges, insbesondere der zeitliche Fahrplan, ist aber derzeit noch nicht genau voraussehbar, so dass die Raiffeiseninstitute gut daran tun, mit der Neufestsetzung der Zinskonditionen für das kommende Jahr noch zuzuwarten. Ende November/anfangs Dezember wird der Verband entsprechende Richtlinien abgeben. *TW*

Die Emissionstätigkeit des öffentlichen Bereichs seit 1960

Im ersten Halbjahr 1976 erreichten die *öffentlich aufgelegten schweizerischen Anleihen* den Rekordbetrag von 4,1 Mia Franken (abzüglich Konversionen). Von 1970 bis 1974 entsprach dieser Betrag demjenigen eines ganzen Jahres. Aussergewöhnlich an der Entwicklung am Markt für festverzinsliche Wertpapiere ist der *hohe Anteil der öffentlich-rechtlichen Körperschaften* am Gesamtvolumen. Allein die Anleihen der Eidgenossenschaft machen im 1. Semester 1976 etwa 38% des Totals der Anleihen aus, jene der Kantone 8,5% und jene der Gemeinden 5,2%. Ausser den öffentlichen Emissionen hat der Bund in diesem Jahr noch 1380 Mio Franken in Form von *Privatplazierungen* von Kassascheinen ausgegeben. Sowohl die hohe Marktverschuldung als auch der grosse Anteil des Bundes in diesem Jahr scheinen teilweise auf Sondereinflüsse zurückzuführen zu sein. Die hohe Mittelaufnahme des Bundes dient bereits der *Finanzierung des Defizits.* Die ausserordentlich grosse Neubeanspruchung traf auf eine ebenso starke Nachfrage und konnte am Schweizer Kapitalmarkt im Gegensatz z. B. zum deutschen Kapitalmarkt zu *sinkenden Zinssätzen* bewältigt werden. Seit einigen Jahren ist unverkennbar, dass die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch öffentlich-rechtliche Körperschaften zunimmt.

Starke Zunahme der Emissionen

Seit 1960 hat sich die Beanspruchung des Obligationenmarktes durch öffentliche Emissionen versiebenfacht. Im Jahr 1960 wurden für rund 890 Mio Franken Mittel am Kapitalmarkt aufgenommen, im Jahr 1975 bereits für fast 6 Mia Franken. In der Fünfjahresperiode 1960 bis 1965 wies der Obligationenmarkt ein *ausgeprägtes Wachstum* aus. Die Fünfjahresperiode 1965 bis 1970 war durch eine gleichmässigere Beanspruchung des Marktes in der Grössenordnung von 2,3 bis 2,9 Mia Franken jährlich gekennzeichnet. Seit 1970 ist die Zunahme der Neuverschuldung wieder ausgeprägter. Eine *Ausnahme* bilden die beiden Jahre 1973 und 1974 mit einer Marktbeanspruchung von 3,6 bzw. 3,9 Mia Franken. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur *Konjunkturdämpfung und Inflationsbekämpfung* wurde die Neuverschuldung durch die Emissionskommission begrenzt. Die um 2 Mia Franken grössere Neugeldbeanspruchung im Jahre 1975 im Vergleich zu 1974 liegt zum Teil im *Nachholbedarf* begründet. In den Jahren 1973 und 1974 hatten die angemeldeten Anleihen jeweils wesentlich über den bewilligten Anleihen gelegen. Es mussten zahlreiche Streichungen von Anleihen und Kürzungen der Anleihensbeträge vorgenommen werden. Der Konsolidierungsbedarf scheint während des Jahres 1975 absorbiert worden zu sein. In diesem Jahr kommt nun als neuer Faktor hinzu, dass sich der Bund bereits auf Vorgriff für 1977 verschuldet.

Emissionskontrolle

Durch eine Verordnung des Bundesrates wurde 1964 die *Meldepflicht für öffentliche Emissionen* eingeführt. Eine aus Vertretern der verschiedenen Bankgruppen zusammengesetzte und unter Vorsitz der Nationalbank stehende Kommission stellte vierteljährlich das *Emissionsprogramm* auf. Diese Massnahme stand in Zusammenhang mit Vorkehren zur Konjunkturdämpfung, wie etwa der Kreditbegrenzung.

Im Jahr 1966 wurde die Verordnung über die Meldepflicht durch eine gleichlautende *Konvention der Schweizerischen Bankiervereinigung* abgelöst. Im *Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiet des Kreditwesens* (20. 12. 72) wurde in Art. 4 eine *Emissionskontrolle* eingeführt. Laut dieser setzt die Nationalbank den zulässigen Gesamtbetrag für öffentliche Anleihen fest. Von 1972 bis zum 1. Quartal 1975 legte die Nationalbank jeweils quartalsweise den Anleiheplafond fest. Ab dem 2. Quartal 1975 verzichtete die Nationalbank auf eine betragsmässige Fixierung.

Strukturänderungen

In den letzten 15 Jahren haben sich die *Gewichte am Obligationenmarkt verschoben.* Das Jahr 1964 stellt hier eine Zäsur dar, denn seit diesem Jahr fiel der *Anteil der Anleihen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften* nicht mehr unter 25%. Bereits 1966 und 1967 lag er bei 39,2 bzw. 37,8%, erreichte 1973 einen vorläufigen Höhepunkt von 44% und liegt im ersten Halbjahr 1976 bei 51,8%. Das Jahr 1964 war auch das erste, an dem der *Bund* nach einer Pause von 1956 bis 1963 wieder mit Neugeldaufnahmen an den Kapitalmarkt kam. Seit dem Jahr 1964 stiegen die Mittelaufnahmen des Bundes mit Ausnahme weniger Jahre ständig an. Allerdings werden die Wachstumsraten der Verschuldung des Bundes noch übertroffen von denjenigen der *Kantone* und der *Gemeinden.* Im Jahr 1960 verschuldeten sich die Kantone für rund 75 Mio Franken, im Jahre 1975 bereits für 953 Mio Franken, was etwas mehr als einer Verzwölffachung entspricht, die Gemeinden 1960 lediglich für 38,7 Mio Franken, dagegen 1975 für 675

Mio Franken, was einer Versiebzehnfachung gleichkommt.
Die nächstgrössere Schuldnergruppe, die *Kraft-, Gas- und Wasserwerke,* waren von 1950 bis 1963 lediglich mit der Ausnahme des Jahres 1951 mit grösseren Beträgen als dem Total der öffentlich-rechtlichen Körperschaften am Markt. Ab 1964 wurden sie dann vom öffentlichen Bereich übertroffen. Seit der Erdölkrise im Jahr 1973 wird den Emissionen von Kraftwerken, besonders den Kernkraftwerken, wieder eine bevorzugte Stellung am Kapitalmarkt eingeräumt. Der Anteil der Kraftwerke am Total der Emissionen stieg 1974 auf 24,7% und betrug auch 1975 20,8%.
Der Anteil der *Banken,* des nächstgrösseren Schuldners, schwankte in den letzten 15 Jahren ausserordentlich stark mit Höchstbeanspruchungen im Jahre 1963 von 41% und 1970 von 34,5%. Seit 1971 liegt jedoch der Anteil der Banken lediglich zwischen 11 und 15%. Eine ähnliche Entwicklung gilt für die Anleihen der *Pfandbriefzentralen.* Die Verschuldung der *Industrie,* der *Holdinggesellschaften* und der *übrigen Unternehmungen* schwankt im Zeitablauf sehr stark.
Insgesamt lässt sich *kein eindeutiger Trend* feststellen, zu Lasten welcher Bereiche sich die Verschuldung des öffentlichen Sektors ausgedehnt hat. Einige Gründe sprechen dafür, dass jeweils bei einem Rückgang des Emissionsvolumens — dies gilt besonders für die Begrenzung des Emissionsvolumens im Jahr 1973 und 1974 — die öffentlichen Anleihen bevorzugt zugeteilt wurden. Auf der anderen Seite hat jedoch in Jahren mit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung die private Wirtschaft auch keinen zusätzlichen Bedarf an Mitteln. Der private Sektor ist infolge des grösseren Gewichts des öffentlichen Bereichs am Obligationenmarkt auch nicht vermehrt auf die Ausgabe von *Aktien* ausgewichen. Die Emissionen von Aktien schwankten im Zeitablauf sehr stark. Seit 1970 bewegen sich die Aktienemissionen zwischen 500 Mio und 1,1 Mia Franken pro Jahr.

Hohe Aufnahmefähigkeit der Anleger

Der seit 1960 ständig wachsenden Verschuldung stand auch eine *zunehmende Nachfrage der Anleger* gegenüber. Eine Schlüsselstellung kommt vor allem den *institutionellen Anlegern,* den Pensionskassen und Versicherungen, zu. Es wird geschätzt, dass die institutionellen Anleger zwischen 60 und 80% der Emissionen aufnehmen. Dies bedeutet für den Obligationenmarkt einen *stabilisierenden Faktor;* denn die Grossanleger haben einen kontinuierlichen Anlagebedarf. Die Entwicklung des schweizerischen Marktes für festverzinsliche Wertpapiere verläuft dadurch bis zu einem gewissen Grade von den übrigen in- und ausländischen Finanzmärkten isoliert. Die Gewichtsverschiebung in bezug auf die öffentlichen Schuldner kommt teilweise den *Sicherheitsbedürfnissen* der Anleger entgegen, denn der Bund und die Kantone gelten als Schuldner erster Qualität. Der Bund wurde und wird sogar noch etwas besser eingestuft als die übrigen Anleihenskategorien; dies zeigt sich an einem leicht tieferen Zinsniveau für Bundesanleihen. Allerdings hat das häufige Auftreten des Bundes in diesem Jahr da und dort die Befürchtung hervorgerufen, dass die Wertpapierportefeuilles mit Bundestiteln übersättigt werden. Bis jetzt konnten jedoch alle Bundesanleihen erfolgreich plaziert werden.

Dezentralisierende Tendenz in der Struktur der öffentlichen Ausgaben

wf. Die Finanzwissenschaft hat das sogenannte *Gesetz von Popitz* entwickelt. Es besagt, dass in einem föderalistischen Staat bei den Anteilen des Zentralstaates (Bund), der Gliedstaaten (Kantone) und der Gemeinden an den *Gesamtausgaben der öffentlichen Hand* eine langfristige *Zentralisierungstendenz* besteht. Die Erklärung dafür steht im Zusammenhang mit einer anderen Erkenntnis der Finanztheorie, dem sogenannten Gesetz von Wagner. Dieses Gesetz läuft im Ergebnis auf eine ständig steigende Staatsquote hinaus. Die Verbindung liegt nun darin, dass in einer wachsenden Wirtschaft, wie sie sämtliche Industrieländer in der Nachkriegszeit aufweisen, immer mehr Aufgaben an den Staat gestellt werden; man denke vor allem an die Infrastruktur. Zahl sowie Umfang dieser Aufgaben wachsen derart, dass sich die unteren staatlichen Ebenen zu deren Lösung ausserstande sehen. Folge: die Probleme werden an die nächstoberen Instanzen weitergereicht, in etlichen Fällen direkt an den Zentralstaat. Im Falle der Schweiz sei etwa an den Strassenbau (Nationalstrassen) oder das Bildungswesen (Hochschulförderung) erinnert. Wie bei jedem sozialwissenschaftlichen Zusammenhang ist aber auch im vorliegenden Fall das Wort «Gesetz» mit Vorsicht zu gebrauchen. In seiner letzten Konsequenz würde der Satz von Popitz ja auf einen 100-Prozent-Anteil des Bundes an den totalen öffentlichen Ausgaben hinauslaufen, und daran glaubt im Ernst wohl niemand.

Die Entwicklung im letzten Vierteljahrhundert

Nun ist es interessant, festzustellen, dass in unserem Land zwar das Wagnersche Gesetz in seiner Tendenz belegbar ist, dasjenige von Popitz sich aber — zumindest global und für das letzte Vierteljahrhundert — nicht bestätigt. Ein Überblick zeigt vielmehr, dass der *prozentuale Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben aller drei Ebenen laufend abgenommen* hat:

	Bund %	Kantone %	Gemeinden %
1950	42,3	28,8	28,9
1960	40,4	33,5	26,1
1965	39,9	33,6	26,5
1970	38,5	33,3	28,2
1971	37,2	33,8	29,0
1972	37,5	33,6	28,9
1973	36,7	34,4	28,9
1974	36,7	33,6	29,7
in Mio Fr.	13 171,8	12 072,2	10 656,0

Dabei muss beachtet werden, dass in dieser Aufstellung die Doppelzählungen (Bundes-, Kantons- und Gemeindebeiträge, Anteile) ausgeschaltet sind. Eine Bundessubvention an einen Kanton zum Beispiel ist also nur beim Bund festgehalten, nicht jedoch beim Kanton, der sie ausgibt.

Diese vielleicht überraschend anmutende Entwicklung muss in bezug auf einzelne Aufgabenbereiche (funktionale Ausgabengliederung) etwas relativiert werden. So *dehnte der Bund* in den vergangenen 25 Jahren *seine relative Bedeutung in ausgabenstarken Sparten aus*. Im Bereich «Unterricht und Forschung» etwa, der 1974 mit gut einem Fünftel der Gesamtausgaben zu Buche schlug, waren der Bund (Hochschulen, Forschung) mit 18,7% engagiert, die Kantone mit 45,5% und die Gemeinden mit 35,8%. Im Jahre 1950 betrugen die entsprechenden Zahlen noch 6,5%, 41,9% und 51,5%. Ein anderes Beispiel ist die «Soziale Wohlfahrt»: 1974 14,2% des Totals beanspruchend, verteilten sich die Ausgaben zu 52,2% auf den Bund, zu 28,1% auf die Kantone und zu 19,7% auf die Gemeinden (1950: 43,2%, 28,1%, 28,7%). Damit sind — immer relativ gesehen — in diesem Bereich Lasten von den Gemeinden auf den Bund übergegangen. Das krasseste Beispiel stellt der «Verkehr» dar (1974 12,4% der Gesamtausgaben). Hier erhöhte sich der Anteil des Bundes (Strassenbau!) in den letzten 25 Jahren von gut einem Fünftel auf über 40%, wodurch vor allem die Gemeinden entlastet wurden.

Kantone und Gemeinden als «Gewinner»

Aus der Tabelle geht hervor, dass die Abnahme des Bundesanteils im vergangenen Vierteljahrhundert zur Hauptsache der *Zunahme der Kantonsquote* zuzuschreiben ist. So erhöhte sich zum Beispiel der Kantonsanteil am Bereich «Gesundheitswesen», der 1974 9,4% der Gesamtausgaben repräsentierte (1950: 6,9%), von 73,0% im Jahr 1950 auf 81,5% im Jahr 1974. Dies dürfte hauptsächlich auf die Kostensteigerungen im Spitalwesen zurückzuführen sein, für das die Kantone zuständig sind. Demgegenüber hat hier der Bundesanteil von 4,7% auf 1,0% abgenommen. Ebenso dehnten die Kantone ihren Anteil an den Ausgaben des Bereichs «Unterricht und Forschung» von 41,9% auf 45,5% aus. Des weiteren hat die Bedeutung der mittleren Ebene in einigen ausgabenmässig nicht an erster Stelle stehenden Sparten zugenommen. Nicht unerwähnt bleiben darf zuletzt der um 5,6 Prozentpunkte verminderte Stellenwert der Landesverteidigung, eine klassische Aufgabe des Zentralstaates.

Halten wir fest: Die «Gewinner» beim Kampf um den wachsenden öffentlichen Ausgabenkuchen der letzten 25 Jahre waren die Kantone, wobei deren Vormarsch vor allem in der Dekade 1950—1960 erfolgte. In jener Periode nahmen sowohl der Bundesanteil wie der Gemeindeanteil um etwa die gleiche Prozentzahl ab. Ab 1960 muss der Pokal den Gemeinden zugesprochen werden, die ausgabenmässig ihre Bedeutung auf fast 30% ausdehnen konnten, und zwar zu Lasten des Bundes, während die Kantone das vor 15 Jahren erreichte Niveau hielten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung eine längerfristige Tendenz zum Ausdruck bringt. Auf jeden Fall lassen die Zahlen eine zunehmende Bedeutung der beiden unteren Ebenen erkennen. Dies sollte Anlass sein, *in vermehrtem Mass auch der Ausgabenpolitik der Kantone und Gemeinden Beachtung zu schenken.* *Ea.*

Zerreissprobe für die Bundesfinanzen

Eine Replik zum Artikel «Wachsende Staatsausgaben — unabwendbar?»

Die Gegner der Steuervorlage des Bundesrates bombardieren die Presse zurzeit pausenlos mit Artikeln, von denen man nicht weiss, woher sie kommen. Die Slogans sind immer etwa die gleichen. Ihre Spanne reicht von «Ist die Schweiz noch ein Steuerparadies?» bis hin zu «Nein zur Steuerschraube!» oder von «Wachsende Staatsausgaben — unabwendbar?» bis hin zu «Staat verschwendet Steuergelder!». Dabei wird dem Leser jeweils suggeriert, dass bei einer «vernünftigen haushälterischen Politik» die Defizite ohne neue Steuern zum Verschwinden gebracht werden könnten.

Mit diesem Artikel soll gezeigt werden,

1. **wieso die Ausgaben des Bundes heute höher sind als vor 10 Jahren;**
2. **wieso der Bund neue Einnahmen braucht** und
3. **was geschehen kann, wenn der Stimmbürger das Finanz- und Steuerpaket im kommenden Juni ablehnt.**

Die Aufgaben des Bundes sind gewachsen ...

Nur noch 35% der Ausgaben des Bundes sind für den bundeseigenen Bedarf, rund ⅔ sind Übertragungen an andere öffentliche Haushalte *(Kantone* und *Gemeinden)* und an Dritte *(Wirtschaft* und *Private).* Tatsächlich sind die Ausgaben des Bundes vor allem im sogenannten Transferbereich gewachsen, und zwar zum

1. **Ausbau der sozialen Sicherheit,** vor allem der AHV;
2. **Ausbau der Infrastruktur,** vor allem in den Bereichen Verkehr, Unterricht und Forschung, Gesundheitswesen, Umweltschutz und Landwirtschaft;
3. **Ausbau der Subventionen und Kantonsbeiträge;**
4. **Ausgleich der ungleichen regionalen Entwicklung.**

... die Einnahmen blieben hinter der Entwicklung zurück

Für den defizitären Bundeshaushalt darf aber nicht nur das Wachstum der Ausgaben und die Übernahme von neuen Aufgaben verantwortlich gemacht werden. Als Folge der Freihandelsvereinbarungen mit der EWG und der EFTA gehen nämlich die Zolleinnahmen des Bundes bis ins Jahr 1978 weiter zurück. Bereits für dieses Jahr schätzt die Eidg. Zollverwaltung *die integrationsbedingten Ausfälle an Einfuhrzöllen* auf etwa 1,1 Mia Fr. Das entspricht mehr als der Hälfte des für 1977 budgetierten Defizites! Vor allem wegen der geringen Investitionsneigung der Privatwirtschaft in der Rezession bleiben auch die Umsatzsteuereinnahmen auf der Wust hinter den Erwartungen zurück. Rund 40—50% der Wust-Einnahmen stammen nämlich direkt oder indirekt aus der Besteuerung der Produktionsmittel. Bei der Wehrsteuer ist das Nachhinken auf die vorangehende Rezession zurückzuführen. Nur unter grössten Anstrengungen kann der Bundeshaushalt, selbst bei einem Ersatz der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer zum Satz von 10%, wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Zur Überwindung der Rezession haben die Räte bekanntlich *drei Investitionsprogramme mit einem Volumen von rund 4 Mia Fr.* verabschiedet. Diese Konjunkturprogramme haben die gleichen Wirtschaftskreise, die sich dem Steuerpaket widersetzen, mit Begeisterung aufgenommen. In Tat und Wahrheit konnte damit auch die Rezession in tragbaren Schranken gehalten werden — und daran sind wir ja alle interessiert.

Mehrwertsteuer kontra Wust

Gewisse Kreise plädieren heute für eine nochmalige Erhöhung der Wust-Sätze von 5,4/8,6% auf 7,5/10% anstelle der Einführung der Mehrwertsteuer. Was ist davon zu halten? Einmal brächte diese Erhöhung der Wust-Sätze im günstigsten Fall etwas mehr als 1 Milliarde Mehreinnahmen; die noch fehlenden 2 Milliarden müssten also «gespart» werden. Dieses Vorgehen lässt aber die *Nachteile der Warenumsatzsteuer* um so deutlicher an den Tag treten:

Die Wust ist eine Warensteuer, die Konsum- und Investitionsgüter beim Verlassen des Kreises der sogenannten «Steuergrossisten» belastet. Vor allem der Tatbestand, dass Produktionsgüter (Werkhallen, Maschinen, Werkzeuge usw.), die zur Herstellung von andern Gütern gebraucht werden, ebenfalls der Warenumsatzsteuer unterstellt sind, führt zu den berüchtigten *Wettbewerbsverzerrungen,* weil *Steuern von Steuern* erhoben werden. Im weiteren darf man bei der Wust nicht mehr von einer allgemeinen Umsatzsteuer reden, sind doch rund drei Viertel des sogenannten «Warenkorbes der Indexfamilie» auf der umfangreichen «*Freiliste*». Die immer wichtiger werdenden Dienstleistungen sind ohnehin steuerfrei. Zu wenig beachtet wird zudem auch die mit höheren Sätzen zunehmende *Gefahr der Steuerhinterziehung.*

Demgegenüber entspricht die *Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug)* den Anforderungen der modernen Finanztheorie an eine Konsumsteuer:

— die Mehrwertsteuer belastet sämtliche Waren und Dienste gleichmässig;
— die Voraussetzungen zur Überwälzung sind optimal;
— die lebensnotwendigen Güter wie Lebensmittel und Medikamente können einfach befreit werden;
— die Steuerkontrolle kann sich auf ein Minimum beschränken, da die Art der

Mehrwertsteuer	kontra	**Warenumsatzsteuer**
— bringt 3,4 Mia Mehreinnahmen bei einem Satz von 10%		— bringt 1,3 Mia Mehreinnahmen bei Sätzen von 7,5/10%
— besteuert den **Konsum:** gleiche Belastung von Dienstleistungen und Waren → **wettbewerbsneutral**		— **Warensteuer:** Konsum- und Investitionsgüter werden besteuert beim Verlassen des «Grossistenkreises» **«Steuern von Steuern»**
— verteilt Zahllast auf alle Produktionsstufen (ca. 145 000 Pflichtige)		— besteuert engen Kreis von «Grossisten» (ca. 80 000 Pflichtige)
— Lebensmittel, Medikamente «unecht» befreit → 3/10 des Normalsatzes		— umfangreiche «Freiliste» (ca. 75% des Warenkorbes der Indexfamilie)
— Selbstkontrolle, Nachholeffekt		— Steuerausfälle wegen Hinterziehungen, Irrtümern, Abgrenzungsschwierigkeiten

Steuerberechnung eine Selbstkontrolle der Steuersubjekte schafft (Vorsteuerabzug);
– die Mehrwertsteuer ist wenig konjunkturempfindlich (die Investitionen sind steuerfrei), und ihre Erträge wachsen mit der Konsumentwicklung.

Sparen – aber wie?

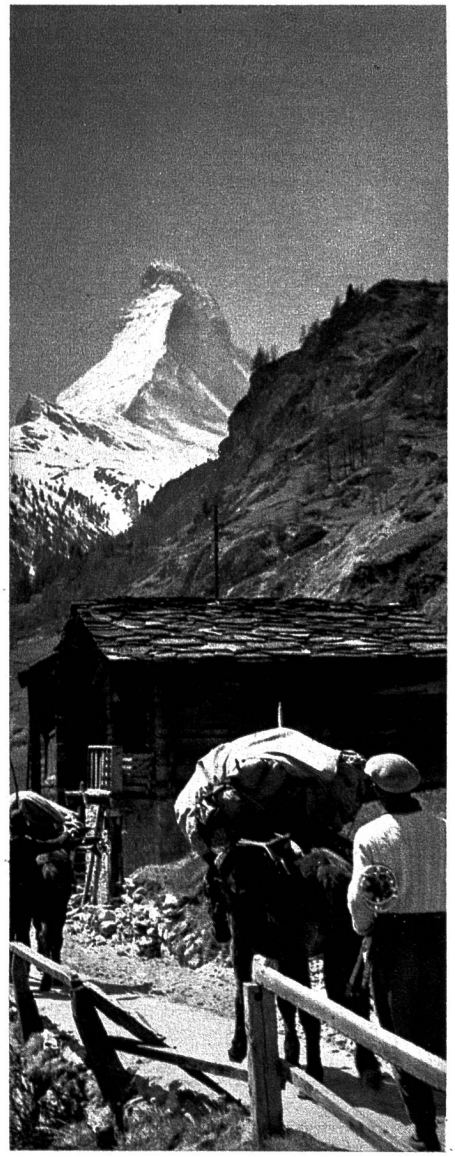
Die Finanzierung der AHV ausschliesslich über die Lohnprozente brächte Minderausgaben für den Bund von rund 2,3 Milliarden (!). Das bedeutet aber eine sehr starke, einseitige Lohnempfänger-Belastung. Auch dürfte dann die 9. AHV-Revision wohl auf den St.-Nimmerleinstag hinaus verschoben werden. Hierzu ist auch zu bedenken, dass die weiteren Sozialeinrichtungen ja ohnehin über Lohnprozente finanziert werden: so die berufliche Vorsorge (2. Säule), die Arbeitslosenversicherung und voraussichtlich auch die Kranken- und Unfallversicherung. Diese Art von Überwälzung der Soziallasten, wahrscheinlich verbunden mit einem Abbau der AHV, wird von vielen zu Recht als unsozial abgelehnt.

Nationalrat Dr. Otto Fischer schlägt rundweg eine Kürzung der Subventionen und Kantonsbeiträge sowie der bundeseigenen Ausgaben um (linear) 10% vor, was zu Minderausgaben von 1,6 Milliarden führte. Ohne *Gesetzesänderung* und *menschliche Härten* wäre diese Rosskur für den Bundeshaushalt nicht durchzuführen. Diese undifferenzierte Streichung von politisch mühsam errungenen Postulaten dürfte höchst wahrscheinlich *die schwächsten Glieder unserer Volksgemeinschaft* treffen: die Bergbauern und die Bergbevölkerung im allgemeinen, die finanzschwachen Kantone, die industriearmen ländlichen Gebiete.
Bundesrat Georges-André Chevallaz sagte dazu anlässlich der 33. Delegiertenversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung (SAB) in Château-d'Œx VD: «Wir müssen uns gegen eine doppelte Demagogie wehren, gegen übertriebene Forderungen an den Staat einerseits, andererseits aber auch gegen eine Demontage unseres Sozial- und Rechtsstaates.»
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung (SAB)

Eurocheque

Die «Arbeitsgruppe Eurocheque» traf sich am 7. und 8. Oktober in Genf für eine Arbeitstagung. Anwesend waren Vertreter der 13 Staaten*, deren Banken für ihre Kunden Checkkarten im Eurocheque-System ausstellen. Es wurden neue Fortschritte bei der Ausdehnung des Systems erzielt.
Ende 1975 zählte man in Europa rund 23 500 000 Inhaber von Checkkarten im Eurocheque-System.
Auch die SWISS-CHEQUE-Karte ist ins Eurocheque-System integriert. Sie kann nicht nur zur Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz verwendet werden, sondern auch zum Bezug von Bargeld in der Schweiz und im Ausland. Gegenwärtig bestehen ca. 145 000 Zahlstellen in 38 europäischen und ans Mittelmeer angrenzenden Ländern. *(bk.)*

* Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, Spanien.



Verfall der Verrechnungssteuer-Rückerstattungsansprüche juristischer Personen

Wir machen die Verwalter unserer Raiffeisenkassen und Raiffeisenbanken darauf aufmerksam, dass Rückerstattungsanträge von Gemeinden, Korporationen, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen usw. über die im Jahre 1973 fällig gewordenen Zinsen bis spätestens 20. Dezember 1976 im Besitze des Verbandes sein müssen, damit die Verrechnungssteuer-Rückerstattung noch rechtzeitig bei der Eidg. Steuerverwaltung geltend gemacht werden kann.
Bei nach dem 31. Dezember 1976 bei der Verrechnungssteuerbehörde eintreffenden Anträgen wird die Rückerstattung der Verrechnungssteuer pro 1973 nicht mehr bewilligt. Es handelt sich bei dieser Einreichungsfrist um eine Verwirkungsfrist, die nicht erstreckt werden kann. *Ki*

Wohin reisen die Schweizer?

Trotz Rezession hat der Drang des Schweizers ins Ausland im Jahr 1975 anscheinend nicht nachgelassen, im Gegenteil. Allerdings dürften auch die abgewerteten Valuten wichtiger Destinationen wie etwa Frankreichs oder Italiens für die **Zunahme der Logiernächte von Schweizern im Ausland** von 3,2% verantwortlich sein (rund 19 734 Mio 1975 gegenüber gut 19 124 im davorliegenden Jahr). Der Löwenanteil entfiel dabei erwartungsgemäss wieder auf die europäischen **Mittelmeerländer,** die 1975 64,7% des Gesamttotals verbuchen konnten. Bei den Zuwachsraten 1975/1974 dominiert allerdings Afrika eindeutig. Zwar entfielen im vergangenen Jahr nur 4,8% des Totals auf diesen Kontinent; dafür konnte er gegenüber 1974 ein Wachstum von 29,7% verzeichnen. Die Veränderungsraten bei den übrigen Gruppen bewegen sich durchwegs zwischen plus/minus 10%. wf.

Die Ecke der Verwalterinnen und Verwalter

Ein aktuelles Diskussionsthema
Neue Dimensionen in unserer Raiffeisenbewegung?

«Das Geld der Region für die ganze Region?»

Der statutarisch klar begrenzte Geschäftskreis unserer Raiffeisenkassen ist einer der sechs der vor mehr als 120 Jahren vom genialen Gründer unserer Bewegung, F. W. Raiffeisen, verkündeten Grundsätze. Die aus freien Stücken beschlossene Beschränkung des Tätigkeitsgebietes mag sich hie und da hemmend auf die Entwicklung einzelner Institutionen auswirken. Sie wurde jedoch nicht einfach etwa aus «Plausch» ausgesucht; man fand sie auch nicht an einem schönen Weihnachtsmorgen mit anderen Gaben unter dem Weihnachtsbaum.

Erst nach einer langen Reifezeit und sorgfältiger Überprüfung einer ganzen Reihe von Erfahrungen, die sich auf mehrere Jahre verteilten, konnte dieser Grundsatz in den Statuten verankert werden. Und seit der Einführung der Raiffeisenkassen in der Schweiz — vor mehr als 75 Jahren — ist er denn auch nie ernsthaft in Frage gestellt worden. Diese Tatsache bestätigt, dass auch wir, die freien und kritischen Schweizer, von seiner Richtigkeit — ja man ist sogar versucht zu schreiben von seiner Klugheit — überzeugt sind. Für unsere Genossenschaftsbewegung ist ein gut überschaubares Tätigkeitsgebiet eine Notwendigkeit, zugleich aber auch ein Stützpfeiler des ganzen Systems. Der kleine Geschäftskreis erlaubt eine rationelle Kreditverteilung. In einem Dorf, in einer Gemeinde, wo ein jeder jeden kennt, sind die Mitglieder der Verwaltungsorgane in der Lage, die Kreditbedürfnisse sowie die Kreditwürdigkeit der Gesuchsteller einer objektiven Beurteilung zu unterziehen und den Wert der angebotenen Sicherheit richtig einzuschätzen. Dieses abgegrenzte Tätigkeitsgebiet übt auch so etwas wie einen «moralischen» Einfluss auf den Schuldner aus. Es zwingt ihn nämlich beinahe zur Einhaltung der freiwillig eingegangenen Verpflichtungen, denn als solventer Zahler und unbescholtener Bürger ist er doch verpflichtet, seinen guten Ruf — oder sein «Image», wie man sich heute auszudrücken beliebt! — zu bewahren.

Da alle Geschäfte am Ort selbst abgewickelt werden, zu Tageszeiten, die beinahe jedermann zusagen, erfolgt der lokale «Bankverkehr» mühelos, ohne Auslagen, Umtriebe oder Zeitverlust. Vorstandssitzungen können innert relativ kurzer Frist einberufen werden. Dieser Grundsatz erleichtert somit auch die praktische Anwendung einer anderen in dieser Zeit der reduzierten Zins- und Gewinnmargen doppelt wichtig gewordenen Verwaltungsregel: die ehrenamtliche Verwaltung durch Mitglieder der Kassaorgane, dank welcher — nach Deckung der Unkosten und der bescheidenen Verzinsung der Geschäftsanteile von maximal 6% — der ganze Reinertrag dem Reservefonds zugewiesen werden kann; diesem Reservefonds, der es im Laufe der Jahre dann ermöglichen wird, Schuldnern und Gläubigern immer vorteilhaftere Zinskonditionen anzubieten.

Sehr oft deckt sich der Geschäftskreis mit dem Gebiet eines Dorfes oder einer politischen Gemeinde. In einigen Landesteilen, in welchen bei der Gründung eine einzige Kirchgemeinde mehrere Ortschaften umfasste, wurde er auf das Gebiet der Pfarrei ausgedehnt.

Von Anfang an war es für die Leiter unserer Institutionen selbstverständlich, das «Geld des Dorfes wieder dem Dorfe» zur Verfügung zu stellen oder auch — je nach Fall — das Geld der Gemeinde wieder im Gemeindebann zu investieren. Der Wohlstand eines Dorfes oder einer Gemeinde wird nicht nur durch das Volksvermögen, das seine Einwohner im Laufe der Jahre ansammeln können, geprägt, sondern noch mehr von der Befruchtung dieser Ersparnisse in den Kreisen selbst, die sie produziert haben, ohne langwierige und kostspielige Umwege. Bis zum letzten Weltkrieg bildeten unsere Raiffeisengemeinden ein ziemlich homogenes Ganzes mit stabiler Bevölkerung. Man wurde im Dorf geboren, besuchte die Dorfschule, und nach Abschluss der beruflichen Ausbildung kehrte man meistens ganz oder sonst doch mindestens bis zur Verehelichung «heim ins dörfliche Reich». Aus- oder Abwanderungen waren damals eher selten. In den Nachkriegsjahren und besonders in den Hochkonjunkturjahren von 1950 bis 1960 hat sich diese Situation dann aber sehr verändert. Einerseits verliessen zahlreiche junge Leute das Dorf, um in der «grossen, weiten Welt» ihr Glück zu versuchen. Andererseits übten die — in den Anfängen wenigstens — noch vernünftigen Land- und Baupreise ihre Attraktionskraft auf städtische Kreise aus, die jedoch zum Teil aus der «Scholle» stammten oder noch starke familiäre Bindungen mit dem Land aufrechterhielten. Die Bevölkerungsstrukturen der ländlichen Ortschaften veränderten sich daher und mit ihnen auch die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder und Kunden unserer Raiffeisenkassen. Zahlreiche bisher ausgesprochene Bauerndörfer wurden in sehr kurzer Zeit in Schlaf- und Wohngemeinden umgewandelt.

Diese demographischen Umgruppierungen erschwerten nach und nach die Anwendung eines andern Grundsatzes immer mehr: nämlich des Grundsatzes, der vorsah, dass die Mitgliedschaft nur jenen Personen vorbehalten war, die im in den Statuten verankerten Geschäftskreis ihren Wohnsitz hatten. Mit der Zeit entstanden immer schwierigere Situationen, dies nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die Mitglieder der leitenden Organe der Raiffeisenkassen: bei einem Domizilwechsel wurde nicht nur die Mitgliedschaft quittiert; es mussten auch sämtliche Schulden zurückbezahlt werden. Wahrhaftig ein hartes «Urteil» für einen Genossenschafter, der in vielen Fällen seit der Gründung, oft auch während 20 Jahren und mehr aktiv am Aus- und Aufbau der dörflichen Spar- und Kreditgenossenschaft mitgewirkt hatte.

Aus diesen Gründen prüften die Verbandsbehörden und die Direktion anlässlich der Revision der Raiffeisenkassenstatuten viele Möglichkeiten. Das Ziel war, der veränderten wirtschaftlichen Lage und den Bedürfnissen der Menschen unserer Zeit Rechnung zu tragen, indem eine erweiterte Anwendung dieses Grundsatzes angestrebt, ohne dass dabei dessen geistiger Grundgehalt angetastet wird.

Bei der Gründung der ersten Genossenschaften wollte man die Risiken, die jedes Kreditgeschäft nun einmal in sich schliesst, auf ein Minimum reduzieren, indem man durch Beschränkung des Geschäftskreises den leitenden Organen die Sach- und Personenkenntnis erleichterte. In den 70er Jahren sollte nun eine Formel gefunden werden, die zwar die Funktion dieses Sicherheitsventils nicht beeinträchtigte, aber andererseits auch die Dienstleistungen für die Angehörigen jener Gesellschaftsklassen, die auf unsere Spar- und Kreditgenossenschaften angewiesen sind, nicht zu stark schmälerte. Und wir glauben, dass hier der richtige «Dreh» gefunden wurde. Nunmehr können natürliche und juristische Personen sowie Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, welche in dem in den Statuten umschriebenen Genossenschaftsgebiet ihren Wohnsitz, einen Betrieb, eine Zweigniederlassung oder Grundbesitz haben, Mitglieder werden oder als solche innerhalb der Raiffeisengemeinde verbleiben. Der Teil der Tätigkeit, der

sich im Geschäftskreis der Raiffeisenkasse abwickelt, sichert den Mitgliedern der Kassabehörden die von unserm Gründer anvisierte Personen- und Sachkenntnis. Dies war sicherlich, noch vor Verbreitung dieser Definition, ein erster Schritt in Richtung eines gewissen vertretbaren Regionalismus, einer «Ausdehnung auf die Region».

Die starke Entwicklung unserer Bewegung im Laufe der letzten 20 bis 30 Jahre hat zusätzliches Wasser auf die Mühle der Befürworter eines noch breiteren Regionalismus gebracht.

Dabei geht man oft von Voraussetzungen aus, die nicht unbedingt den wahren Sachverhalt oder Tatbestand widerspiegeln. Gemäss ihren Statuten sind die Raiffeisenkassen verpflichtet, Kundengelder, die sie in ihrem Geschäftskreis nicht investieren können, bei der Zentralbank anzulegen. Und ein flüchtiger Blick auf eine Jahresstatistik mag vielleicht beim oberflächlichen Beobachter den Eindruck erwecken, die von den schweizerischen Raiffeisenkassen und -banken gesammelten Ersparnisse, oder doch ein bedeutender Teil davon, würden den ländlichen Gemeinden entzogen und einer zentralen Landesorganisation sozusagen zur freien Verfügung zugespielt. So einfach liegen die Dinge nun aber auch wieder nicht. Die Zusammenzählung der bei der Zentralbank angelegten Gelder kann nicht einfach aus dem Ganzen herausgerissen werden. Ein Teil dieser Anlagen — 10 bis 12 Prozent der Bilanzsummen der angeschlossenen Spar- und Kreditgenossenschaften — bildet die sogenannte Zahlungsbereitschaft, im Bankenjargon Liquidität genannt, die infolge gesetzlicher Vorschriften keinesfalls für die Gewährung von Darlehen und Krediten verwendet werden darf. Diese Kapitalreserve ist, wie gesagt auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, blockiert — ob in St. Gallen oder anderswo ist im Grunde von untergeordneter Bedeutung.

Weiter ist zu beachten, dass eine Bilanz, eine Statistik Saldi enthält, welche an einem bestimmten Stichtag der Buchhaltung entnommen werden. Die gewährten, aber noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlimiten, die noch ausstehenden Zahlungen auf festen Darlehen und die gekündeten Guthaben der Einleger, um nur drei Beispiele zu nennen, sind in einer Bilanz nicht erfasst. Für die Raiffeisenkassen eines Kantonalverbandes allein machen sie am Jahresultimo oft Millionenbeträge aus. Diese Verpflichtungen müssten somit zuerst von den tatsächlich vorhandenen Mitteln in Abzug gebracht werden. Ferner sei noch erwähnt, dass der grosse Teil der der Zentralbank anvertrauten Gelder von ihr wiederum in vielen «Raiffeisengemeinden» des Landes plaziert wird, und zwar in Form von direkten Vorschüssen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und an viele Privatkunden, die meistens auch Kunden ihrer Ortskasse sind. Diese Gelder finden also mehrheitlich den Weg zurück in jene Kreise, welche diese Ersparnisse geschaffen haben.

Wir können somit behaupten, dass ein Schritt auf dem Weg zu vermehrtem Regionalismus unserer Raiffeisenkassen getan wurde, wenn auch mit Hilfe oder durch Vermittlung der Zentralbank. Dies alles kann aus einer Statistik oder einer Gesamtbilanz trotz sorgfältigem Studium aber nicht herausgelesen werden, denn sowenig wie andere Bankinstitute gibt auch unsere Zentralbank keine detaillierten Auskünfte über die regionale Zusammensetzung ihrer Anlagen.

Deshalb ist es verständlich, wenn anlässlich der Vorlage der Verbandsstatuten dieses Problem an einer kantonalen Delegiertenversammlung wieder einmal aufgegriffen wurde. Die Intervention eines Vorstandsmitgliedes wurde sogar in einer Wochenzeitung der welschen Schweiz wie folgt wiedergegeben (in freier Übersetzung):

«Wenn seit der Gründung der ersten Raiffeisenkassen in der Schweiz diese Institutionen ihre Kredittätigkeit beinahe ausschliesslich auf lokaler oder kommunaler Ebene entwickelten, so deshalb, weil die finanziellen Probleme, die sie mitzulösen berufen waren, sich in erster Linie auf bestimmte und begrenzte Gebiete konzentrierten. Heute wird aber auch auf dem Lande immer mehr nach regionalen Lösungen gesucht, sei es anlässlich der Fusion von Genossenschaften, der Güterzusammenlegung oder beim Bau regionaler Schulen usw. Nach und nach entstanden — im Gegensatz zur ‹guten, alten Zeit› — regelrechte Regionalprobleme, zu deren Lösung auch unsere Kassen je länger je mehr Hand zu bieten haben werden. Ein Vorschlag lautete dahin, die Raiffeisenkassen seien zu veranlassen, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Regionalverbände nach Lösungen zu suchen, die es ihnen erlauben würden, sich an der Finanzierung von wichtigen Regionalaufgaben zu beteiligen. Dieser Vorschlag wurde seinerzeit zur Prüfung entgegengenommen, und wir sind überzeugt, dass eine annehmbare Form der Mitwirkung unserer Institutionen dazu beitragen würde, ihre Entwicklung auch im Einlagensektor zu fördern. Ohne die Devise ‹Das Geld des Dorfes dem Dorfe› zu verleugnen, könnte man sie erweitern und anfügen ‹Das Geld der Region für die Region›.»

Wir konnten den Interpellanten beruhigen, indem wir ihm die Zusicherung gaben, dass diesem Problem auch in Zukunft unsere volle Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies durften wir mit ruhigem Gewissen sagen, denn bis jetzt hat es wiederholt Fälle gegeben, bei welchen die Theorie des Regionalismus auch durch angeschlossene Kassen Wirklichkeit wurde.

In einigen Gegenden des Landes haben die Raiffeisenkassen eines Bezirkes, zusammen mit der Zentralbank, zur Finanzierung von regionalen Vorhaben Hand geboten. Wir denken hier besonders an den Bau oder Ausbau von Bezirksspitälern. Ohne dazu gezwungen zu sein, haben mehrere Raiffeisenkassen eines Bezirkes einen Teil der geforderten Kredite übernommen. Prompt traten neue Zensoren auf, welche ihnen und uns den Vorwurf machten, diese Kassen hätten sich einer Verletzung ihrer Statuten schuldig gemacht, weil das besagte Spital sich ja auf dem Gebiet des Bezirkshauptortes befindet.

Wir glauben jedoch, solche Mitbeteiligungen rechtfertigen zu können, denn sie erfolgten im gleichen Sinne und Geiste wie die erwähnte Anpassung des

Art. 3 der Statuten der Raiffeisenkassen. Ein Bezirksspital ist heute sehr oft der regionale Zusammenzug diverser Krankenhäuser, Alters- oder Pflegeheime der Umgebung, die nun in einem einzigen Unternehmen vereinigt werden, um die Anschaffung der modernen, aber sehr kostspieligen Apparaturen und die Anstellung von erstklassigen Fachkräften zu ermöglichen. Jede Gemeinde eines Bezirks ist in der Regel an diesem Spital beteiligt, delegiert ihre Vertreter in dessen Organe und muss gewöhnlich auch durch jährliche Beiträge die finanziellen Lasten decken helfen. Man darf sicher sagen, dass die Tätigkeit eines solchen Spitals auch den Interessen der Bevölkerung der Raiffeisendörfer dient, auch wenn es ausserhalb des Geschäftskreises einer Kasse liegt. Ähnlich liegen die Dinge auch bei einem Privatgeschäft, das eine Filiale im Dorf hat, während sich der Hauptsitz in der nahen Stadt befindet.

Zusammenfassend möchten wir jedoch klar feststellen: die in unsern Raiffeisenkassen angesammelten Spargelder werden in erster Linie — sofern dies möglich ist — in ihrem jeweiligen Geschäftskreis angelegt. Durch direkte Kredittätigkeit der Zentralbank kehrt ein bedeutender Teil der dort angelegten, überschüssigen Gelder in unsere Raiffeisengemeinden zurück. Ob im Kreditgeschäft ein breiterer Regionalismus verwirklicht werden soll, muss einer gründlichen und sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Bis auf weiteres wird man von Fall zu Fall entscheiden müssen, ob die Mitwirkung an einem regionalen Projekt aus der Sicht der örtlichen Raiffeisenkasse oder -bank verantwortet werden kann.

Man wird überall mit ebensoviel Mass wie Vernunft vorgehen müssen; denn nach wie vor darf nicht ausser acht gelassen werden, dass die primäre Aufgabe unserer Spar- und Kreditgenossenschaften darin besteht, die Kreditprobleme innerhalb des eigenen, engen Geschäftskreises lösen zu helfen. Ziel ist und bleibt, den Kreditbedarf der treuen Kassenmitglieder zu decken, die «ihren Wohnsitz, einen Betrieb, eine Zweigniederlassung oder Grundbesitz im in den Statuten umschriebenen Genossenschaftsgebiet haben». *-pp-*

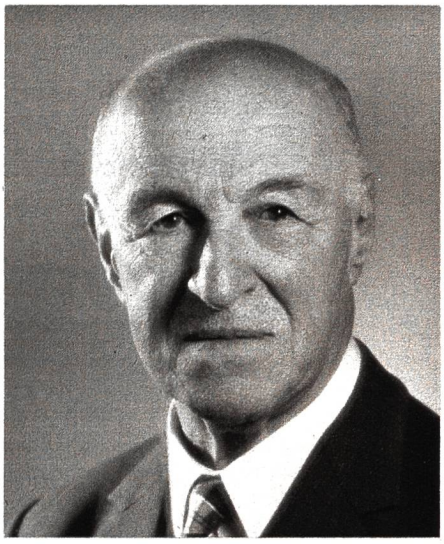
Bilanz der Zentralbank des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen per 30. September 1976

Aktiven

Kassa, Giro- und Postcheckguthaben		9 612 894.34
Bankendebitoren auf Sicht		2 012 661.01
Bankendebitoren auf Zeit (davon mit einer Laufzeit bis zu 90 Tagen Fr. 61 800 000.–)		360 000 000.–
Raiffeisenkassen-Debitoren		61 696 984.80
Wechsel (davon Reskriptionen und Schatzscheine Fr. 25 800 000.–)		37 757 357.75
Kontokorrent-Debitoren ohne Deckung		3 241 893.60
Kontokorrent-Debitoren mit Deckung (davon mit hypothekarischer Deckung Fr. 21 470 715.70)		29 871 371.60
Feste Vorschüsse und Darlehen ohne Deckung		98 500 000.–
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung (davon mit hypothekarischer Deckung Fr. 2 519 886.50)		5 114 822.30
Kontokorrent-Kredite und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften		286 020 960.14
Hypothekaranlagen		394 537 999.74
Wertschriften		1 134 154 160.85
Dauernde Beteiligungen		736 522.–
Bankgebäude		11 100 000.–
Andere Liegenschaften		1 121 742.05
Sonstige Aktiven		22 112 273.87
Bilanzsumme		2 457 591 644.05

Passiven

Bankenkreditoren auf Sicht		2 205 347.03
Bankenkreditoren auf Zeit		94 000 000.–
Raiffeisenkassen-Kreditoren auf Sicht		376 723 388.59
Raiffeisenkassen-Kreditoren auf Zeit		1 674 319 980.85
Kreditoren auf Sicht		24 615 843.70
Kreditoren auf Zeit (davon mit Laufzeit bis zu 90 Tagen Fr. 500 000.–)		2 600 000.–
Spareinlagen		47 853 419.49
Depositen- und Einlagehefte		20 332 068.65
Kassaobligationen		43 458 000.–
Pfandbriefdarlehen		4 000 000.–
Akzepte und Eigenwechsel		–.–
Sonstige Passiven		81 681 871.90
Eigene Gelder		
Geschäftsanteile	65 000 000.–	
Reserven	20 600 000.–	
Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung	201 723.84	85 801 723.84
Bilanzsumme		2 457 591 644.05



Herrn alt Direktor P. Schwager zum 75. Geburtstag

Am 27. November 1976 feiert Herr alt Direktor Paul Schwager bei guter Gesundheit seinen 75. Geburtstag. Gerne benützen wir diesen Anlass, um unsere besten Glückwünsche an die Tannenstrasse 25 in St. Gallen zu senden. Wir wünschen ihm und seiner Gattin noch viele Jahre guter Gesundheit und persönlichen Wohlergehens.

Herr Direktor Schwager ist am 30. November 1970 als Leiter der Zentralbank zurückgetreten. Während 28 Jahren, wovon 17 Jahre als Direktor, hat er grosse Verdienste für die Raiffeisen-Bewegung erworben und das Gesicht der Zentralbank wesentlich geprägt. Seine gründlichen Bankkenntnisse, sein wirtschaftlicher Überblick und sein unermüdlicher Einsatz haben uns stets beeindruckt. Er war ein Fachmann von der Scheitel bis zur Sohle, ein nüchterner Rechner, ein Direktor, der einen geraden Kurs verfolgte, und zwar auch dann, wenn dieser ihm Unannehmlichkeiten brachte. Unter seiner Leitung erhielt die Zentralbank eine klare Linie. Die Behördemitglieder durften sich auf ihn verlassen, denn sie wussten aus Erfahrung, dass sie über nichts entscheiden mussten, das nicht einwandfrei und gründlich vorbereitet war. Ein Beweis für seine Vorsicht und genaue Überwachung ist die Tatsache, dass die Zentralbank unter seiner Leitung keinen einzigen Verlust erlitten hat.

Herr Direktor Schwager war ein vorbildlicher Vorgesetzter, der von niemandem mehr verlangte, als er selbst leistete. Er verband Strenge mit verständnisvoller Güte. Nichts entging seinem offenen Auge und seinem wachsamen Geiste. Er fand Zeit für jeden Mitarbeiter, wohl wissend, dass ihn sein grosses Arbeitspensum um so länger an späten Abendstunden ans Pult binden wird. Durch Pflege der Details, Sparsamkeit, Fleiss und Achtung des Nächsten gab er allen das Beispiel eines echten Raiffeisenmannes.

Herr Direktor Schwager hat die Hauptarbeit für das neue Verbandsgebäude geleistet. Die grösste Mühe bereitete ihm die Bereitstellung eines geeigneten Bauplatzes. Es brauchte jahrelange Geduld, gute Nerven und viel Verhandlungsgeschick, um im Stadtzentrum an guter Lage einen genügend grossen Bauplatz durch Kauf von Einzelparzellen zu bilden. Er selbst betrachtete die Erreichung dieses Zieles als sein grösstes Verdienst. Die grundsätzlichen Entscheide über die Art und Einteilung des Neubaues wurden massgeblich durch ihn vorbereitet. Infolge Pensionierung konnte Herr Direktor Schwager den Bau nicht selbst fertigstellen. Seine Nachfolger konnten aber auf einem gut vorbereiteten Fundament weiterbauen und das schöne Werk beenden.

Wenn wir heute, sechs Jahre nach dem Rücktritt, die Verdienste von Herrn alt Direktor Schwager nochmals kurz würdigen, tun wir das in Dankbarkeit. Seine grossen und unvergesslichen Leistungen haben den Verband im allgemeinen und die Zentralbank im besondern positiv geprägt. Wir wünschen Herrn Direktor Schwager, dem stillen Schaffer, und seiner geschätzten Gemahlin noch viele glückliche Jahre. *J. R.*

Regionalverband zentralschweizerischer Raiffeisenkassen in Rothenburg

Für das erste Oktober-Wochenende hatte der Regionalverband zentralschweizerischer Raiffeisenkassen nach Rothenburg zur ordentlichen Delegiertenversammlung eingeladen. Sie begann wie üblich mit einem Gedenkgottesdienst für lebende und verstorbene Mitglieder, gehalten in der Pfarrkirche von Pfarrer Alfred Stuber.

Anschliessend nahmen im Pfarreiheim die geschäftlichen Verhandlungen unter der Führung von Präsident Oberrichter Dr. Hans Stadelmann, Escholzmatt, einen raschen und würdigen Verlauf, wobei die gutbesuchte Versammlung allen Anträgen des Vorstandes zustimmte.

Interessant war der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht über die Tätigkeit der angeschlossenen Kassen im Jahr 1975. Einleitend stellte er fest, dass die soliden Grundsätze Raiffeisens, die oftmals als überholt betrachtet werden, sich sowohl bezüglich zurückhaltender Kreditgewährung wie bezüglich Sparen als richtig erwiesen haben. Im grossen und ganzen haben sich die Raiffeisenkassen des Regionalverbandes, dem neben Luzern die Kantone Ob- und Nidwalden angehören, gut entwickelt. Die 52 Luzerner Kassen steigerten ihre Bilanzsumme gesamthaft wiederum wie im Vorjahr um ca. 51,2 Mio Fr. auf 457,7 Mio Fr., was 12,59% entspricht. Damit steht der Kanton Luzern in der prozentualen Steigerung nach dem Tessin und nach Zug an dritter Stelle. Neu die Zwanzigmillionengrenze überschritten haben die Kassen von Buttisholz und Root, womit nun sieben Luzerner Kassen die Bezeichnung Bank führen können, nämlich ausser den genannten auch Beromünster, Escholzmatt, Horw, Malters und Rothenburg. Neu die Zehnmillionengrenze überschritten Emmen, Littau und Willisau-Land. Die grösste absolute Bilanzsummenzunahme wies Horw mit ca. 3,4 Mio Fr. auf, gefolgt von Inwil mit 3,35 Mio Fr., Escholzmatt mit 3,2 Mio Fr. und Schötz mit 2,9 Mio Fr. Die mit Abstand grösste Zunahme erreichte die neugegründete Kasse Ettiswil/Alberswil/Kottwil mit 101%, gefolgt von Inwil mit 66% und Hergiswil mit 25%. Als Steuerzahler lieferten die Luzerner Banken und Kassen zusammen an Bund, Kanton und Gemeinden Fr. 464 426.20 ab.

Die 6 Nidwaldner Kassen vermochten die letztjährige Bilanzsummenzunahme von 19% nicht mehr zu erreichen. Mit 8,4% stehen sie etwas unter dem schweizerischen Mittel. Mit einer Steigerung von 200% steht die neugegründete Kasse von Emmetten im ganzen Regionalverband ohne Beispiel da. Ihr folgen Wolfenschiessen mit 21% und Dallenwil mit 9%. Mit über einer Million Franken Zunahme der absoluten Bilanzsumme steht Buochs an der Spitze. Mit 22,6 Mio Fr. rückte sie damit zu den Banken auf. Ihr folgt Hergiswil mit 13,3 Mio Fr.

Mit einer Bilanzsummenzunahme von rund 10% liegen die 4 Obwaldner Kassen wie letztes Jahr ungefähr im schweizerischen Mittel. Die grösste Steigerung wies Sachseln mit 1,8 Mio Fr. auf, gefolgt von Alpnach mit etwas über 1 Mio Fr. Wiederum wurden vom Regionalverband dezentralisierte Instruktionskurse durchgeführt, und zwar für die Aufsichtsräte. Sie waren gut besucht. Im nächsten Frühjahr folgen die Vorstandsmitglieder.

Verschiedene Raiffeisenkassen und -banken konnten im Berichtsjahr Jubiläumsversammlungen durchführen. Jene von Flühli, Malters und Root feierten 50 Jahre, jene von Willisau-Land 40 Jahre und jene von Büron und Nottwil 25 Jahre. Mit den Generalversamm-

lungen waren jeweils Feiern verbunden.
Die Traktandenliste der Tagung beinhaltete ein sehr interessantes Referat von Dr. Theo Wirth, Direktionssekretär, der über «Die Stellung des Schweizerfrankens» in leichtverständlicher und interessanter Art sprach und dabei die Zusammenhänge zwischen Nationalbank, den übrigen Banken, dem Wechselkurs und der Wirtschaft aufzeigte. Direktor Dr. A. Edelmann erläuterte kurz die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt und die Zinskonditionen. Nach einer Aperitifpause setzte man sich zum Mittagessen, wo u. a. Grossrat Hans Sager als deren Präsident die Grüsse der Raiffeisenbank Rothenburg überbrachte. Fürsorgedirektor Dr. Karl Kennel, der als Mitglied des Regionalvorstandes der Versammlung beiwohnte, erinnerte an die grossen Aufgaben der öffentlichen Hand. Mit dem Sparen allein sei es auch nicht immer getan. *Jo Bü*

Delegiertenversammlung des Verbandes urnerischer Raiffeisenkassen

Erfreuliche Entwicklung – trotz Rezession

Präsident Hans Gisler, Schattdorf, konnte an der Delegiertenversammlung Regierungsrat Achermann, Erstfeld, Direktor Roos, Schweizer Verband der Raiffeisenkassen, den Bürgler Gemeindepräsidenten E. Aschwanden, Korporationspräsident Leo Arnold, Fridolin Gisler vom Kant. Bauernverein, Bauernseelsorger Isidor Truttmann, Isenthal, lic. rer. pol. Antonio Camenzind von der Gewerbedirektion Uri und Verbandsrevisor Löpfe begrüssen. Landrat Gustav Kempf hiess die Delegierten im Namen der Ortskasse Bürglen willkommen.

Verbandsgeschäfte

Das Protokoll von Sekretär Arnold Sepp fand die Zustimmung der Versammelten. Mit besonderer Genugtuung wurde die neugegründete Kasse von Attinghausen in den Verband aufgenommen. Sie ist am 9. April 1976 gegründet worden und hat ihren Betrieb am 2. Oktober 1976 aufgenommen. Besass die Kasse am 9. April noch 38 Gründungsgenossenschafter, so waren es anfangs Oktober bereits deren 71. Als erster Präsident amtet Oberrichter Engelbert Zurfluh, als erster Vizepräsident Edi Trachsel. Alt Gemeindepräsident Hans Dittli versieht den Posten des Aufsichtsratspräsidenten und E. Zgraggen das Amt des Verwalters. Die Leitung des Urner Verbandes überreichte der jungen Attinghauser Kasse einen «Göttibatzen in Notenform». – Die Rechnung des Urner Verbandes wurde von Landrat F. X. Dillier, Altdorf, vorgelegt und von Landrat Gustav Kempf, Bürglen, geprüft. Das Vermögen betrug Ende 1975 Fr. 9647.35. Präsident Hans Gisler konnte anschliessend verschiedene Ehrungen vornehmen. Es wurden vier langjährigen Mitarbeitern von Ortskassen Geschenke überreicht: Karl, Foffa, Altdorf, 32 Jahre; Hans Gamma, Erstfeld, 26 Jahre; Christian Simmen, Realp, 35 Jahre, und Julius Simmen, Realp, 26 Jahre.

Trotz Rezession ein gutes Jahr

Präsident Hans Gisler leitete seinen aufschlussreichen Jahresbericht mit dem Satze ein: «Die Probleme der Gegenwart halten uns derart in Atem, dass wir kaum Zeit finden, uns zu besinnen, wie erfreulich unsere Urner Raiffeisenkassen das Jahr 1975 zum Abschluss bringen konnten.» Bevor er die wirtschaftliche Situation der Kassen darlegte, streifte er wichtige politische, soziale und wirtschaftliche Fragestellungen unserer Zeit und gab zu bedenken, dass bei der Bewältigung aller Fragen mehr Gemeinsinn not tut, dass die geistigen Werte den Vorzug vor den materiellen haben und dass die gegenseitige Achtung und Wertschätzung Grundlage der zwischenmenschlichen Beziehungen sind.
Der Umsatz der urnerischen Raiffeisenkassen stieg gegenüber 1975 um 13,884 Mio Fr. auf 173,82 Mio Fr. an. Das entspricht einer Zunahme um 8,68 Prozent. Die gesamte Bilanzsumme stieg um 8,95 Mio auf 83, 289 Mio Fr. Die Reserven stiegen um 305 000 Fr. auf 3,177 Mio Fr. an. Die Einlagen auf den Sparheften stiegen gar um 12,47 Prozent an, nämlich auf 63,394 Mio Fr. Die Obligationen verzeichneten einen Zuwachs von 21,2 Prozent auf 9,765 Mio Fr. Der Präsident unterliess es an dieser Stelle nicht, allen zu danken, welche ihre Spargelder den Raiffeisenkassen anvertrauen.

Wohnbau- und Eigentumsförderung im Kanton Uri

Als Gastreferent orientierte der Sekretär der Urner Gewerbedirektion, lic. rer. pol. Antonio Camenzind, Flüelen, über die Bundeshilfe in den Bereichen der Mietzinsverbilligung und des Erwerbs von Wohnungs- und Hauseigentum sowie zur Erneuerung bestehender Wohnungen. Er wies darauf hin, dass entsprechende Arbeitsunterlagen und Merkblätter bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale bezogen werden können und dass die Gewerbedirektion gerne Auskünfte erteilt. Er bat die Vertreter der Ortskassen, ihre Kunden auf diese Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Die Gewerbedirektion arbeitet auf diesem Gebiete mit den Banken und dem Hauseigentümerverband zusammen. Während die Massnahmen zur Verbilligung der Mietzinse und zur Förderung des Erwerbs von Wohnungs- und Hauseigentum nicht so recht spielen (weil der Unterstützte 25 Jahre lang einer Kontrolle durch den Bund unterliegt), ist die Bundeshilfe zur Erneuerung bestehender Wohnungen auf ein erfreuliches Echo gestossen. Es waren insgesamt 41 Fälle zu behandeln, wovon 2 abgelehnt werden mussten und 6 noch pendent sind.
Die 31 behandelten Fälle im Bereiche der Erneuerung bestehender Wohnungen lösten insgesamt Unterstützungsbeiträge von 275 560 Fr. aus, was einer gesamten Bausumme von 2,3 Mio Fr. entspricht. Es stehen bis zum Februar 1977 noch über 130 000 Fr. an Unterstützungsbeiträgen bereit.

Die Anlagepolitik der Zentralbank der schweizerischen Raiffeisenbewegung

«Macht etwas, die Zeit wäre günstig!» Dieses Motto zog sich durch das ganze Referat von Direktor Josef Roos von der Zentralbank in St. Gallen. Die Kreditpolitik der Zentralbank hänge von den Gegebenheiten auf dem Kapitalmarkt ab. Während in den Jahren 1973/74 wenig Geld einbezahlt und dennoch viel Geld benötigt wurde, liegen die Verhältnisse heute umgekehrt. Die Zentralbank erhält viel Geld, aber die Ortskassen benötigen wenig. Das drückt nicht nur auf die Zinsen, es zwingt die Zentralbank auch, «das Geschäft zu suchen». Die Ortskassen stossen also auf keine grossen Schwierigkeiten, wenn sie Gelder brauchen, um Projekte ihrer Mitglieder oder in ihrer Gemeinde zu finanzieren. Regierungsrat Franz Achermann freute sich in der anschliessenden Diskussion, dass die Zentralbank heute – wie er an einer früheren Delegiertenversammlung schon gefordert hatte – vermehrt dem Grundsatz nachleben kann: «Das Geld des Dorfes für das Dorf!» Er wies darauf hin, dass die-

ser Grundsatz gerade für einen Randkanton wie Uri besonders wichtig ist.

Besuch im Tellmuseum

Nach Abschluss der Geschäfte begaben sich die Delegierten, der Einladung der Ortskasse Bürglen folgend, ins Tellmuseum. Dort befindet sich immer noch die Ausstellung im Rahmen des Tellspielsommers 1976. Beim Aperitif, gespendet von der Ortskasse Bürglen, und beim gemeinsamen Mittagessen ergab sich Gelegenheit zu mancher Diskussion und Rede. Der Bürgler Gemeindepräsident, E. Aschwanden, überbrachte bei dieser Gelegenheit die Grüsse der Gemeindebehörden.

Martin Stadler

Regionaltagung der deutschfreiburgischen Raiffeisenkassen

Die Delegierten der 15 deutschfreiburgischen Raiffeisenkassen versammelten sich am 15. Oktober 1976 zu ihrer diesjährigen Regionaltagung in Jaun. Mit einer Teilnahme von 82 Personen soll seit Jahren keine so hohe Zahl mehr erreicht worden sein.

Lehrer Schaller verstand es ausgezeichnet, mit den von seinen Schülern keck vorgetragenen Liedern die rechte Einstimmung zur Tagung zu geben. Präsident Franz Brülhart hiess die Delegierten willkommen und durfte als Gäste des Tages Staatsrat Arnold Waeber, Direktor A. Edelmann, Pfarrer X. Ruffieux und die Vertreter von Pfarrei und Gemeinde Jaun begrüssen. In seinem ausführlichen Jahresbericht erinnerte der Präsident an die Dürre des vergangenen Sommers, die im Saat-, Speisekartoffel- und im Getreidebau grosse Ertragseinbussen zur Folge hatte. Unsere Kassen werden diese Ausfälle zu spüren bekommen. Dagegen werden sich Milchproduzenten und Imker gerne an den Sommer 1976 zurückerinnern, denn es flossen buchstäblich «Milch und Honig». Die deutschfreiburgischen Raiffeisenkassen haben sich den veränderten Verhältnissen auf dem Geld- und Kapitalmarkt laufend angepasst. Dem Einleger vergüten sie einen etwas höheren Zins als marktüblich. 1975 haben alle 15 Kassen gute bis sehr gute Jahresergebnisse vorlegen können. Gesamthaft ist die Bilanzsumme um 10% von 209 auf 232 Mio Franken angestiegen. Es darf festgehalten werden, dass unsere Kassen ihre Aufgaben als Dienstleistungsbetriebe und Selbsthilfeorganisationen wiederum voll und ganz erfüllt haben. Anlässlich der letzten Rechnungsablage konnten die Kassen von Plaffeien und St. Antoni erstmals Bilanzen von über 20 Mio und Wünnewil sogar von 30 Mio Franken vorlegen. Plasselb, das letzte Glied unserer Kette, konnte in der 22. Jahresrechnung einen Zuwachs der Bilanzsumme von über 30% verzeichnen.

Raymond Buchs stellte als Vertreter des Tagungsortes Jaun und seine Dorfkasse vor. Seit dem 1. 1. 1884 bestand in Jaun eine Spar- und Leihkasse. Die Kasse war auf sich selbst angewiesen, und für schlimme Zeiten stand keine Rükkendeckung in Aussicht. Auf Einladung einsichtiger Männer schaltete sich der Schweizer Verband der Raiffeisenkassen ein und beantragte den Anschluss. Zwei derartige Versuche scheiterten jedoch. Jedesmal schreckten die Jauner vor der Solidarhaft zurück. Als dann aber in den dreissiger Jahren in unserem Lande ein Bankkrach auf den andern folgte, führte der Bundesrat im Bankengesetz bezüglich des Eigenkapitals strenge Vorschriften ein. Heute, nach dem 37. Geschäftsjahr, zählt die Raiffeisenkasse Jaun 212 Mitglieder mit einer Bilanzsumme von Fr. 6 452 000.— und einem Umsatz von Fr. 25 000 000.—. Verbandsdirektor Dr. A. Edelmann sprach über aktuelle Raiffeisenprobleme. Die Bilanzsumme des Verbandes hat 1975 einen Zuwachs von 10,2% erfahren und darf sich so füglich neben die andern Geldinstitute unseres Landes stellen. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass für 1976 mit einem bescheideneren Zuwachs gerechnet werden muss. Die Nationalbank hat Weisungen herausgegeben, nach denen auf Ende 1977 eine sektorale Gliederung der Einlagen und Ausgaben vorzunehmen ist. Zum Bankengesetz kommt eine neue Vollziehungsverordnung hinzu. Die darin aufgeführten Gebühren sind von den Banken zu tragen. Die neue Verordnung schreibt überdies nebst der obligatorischen jährlichen Revision noch wenigstens eine Zwischenrevision vor. Es ist möglich, dass damit der örtliche Aufsichtsrat beauftragt wird, was einer Aufwertung dieses Organes gleichkommt. Beim Verband sind gegenwärtig neue Regionalstatuten in Ausarbeitung. Auf eidgenössischer Ebene ist eine Revision des Nationalbankgesetzes in die Wege geleitet. Bezüglich der Festlegung der Zinskonditionen für 1977 ist es gut, bis Ende des Jahres zuzuwarten. Die bisher übliche Marge von 1% zwischen den Aktiv- und Passivsätzen genügt nicht mehr. Es muss heute mit einer Spanne von 1¼–1½% gerechnet werden.

Staatsrat Waeber sprach nicht als Präsident der Staatsbank, sondern in der Eigenschaft als kant. Finanzdirektor. Freiburg ist heute der bankreichste Kanton. Er schätzte sich glücklich, diese Feststellung machen zu können, erleichtern doch die Banken den Zahlungsverkehr und fördern die Arbeitsbeschaffung.

Der Regionalverband beschliesst, an den Baufonds der Universität Freiburg einen freiwilligen Beitrag von Fr. 5000.— zu leisten. Der Jahresbeitrag der einzelnen Kassen an den Regionalverband wird von bisher Fr. 6.— pro Fr. 100 000.— Bilanzsumme auf Fr. 5.— herabgesetzt. Peter Remy, der verdiente alt Ammann von Plaffeien, tritt aus Gesundheitsgründen aus dem Vorstand zurück. Der Präsident spricht ihm im Namen der Versammlung den besten Dank aus. An seiner Stelle wird Arthur Jungo, Amtsvormund, Rechthalten, in den Vorstand gewählt. Der Präsident und die übrigen Mitglieder des Vorstandes wurden mit Akklamation in ihren Funktionen bestätigt.

Man fand sich anschliessend im grossen Saal des Hotels Wasserfall zum Nachtessen ein. Die Ländlerkapelle Grempler-Buebe sorgte für rassige musikalische Unterhaltung. Für 25jährige Mitarbeit als Vorstandsmitglied wurden Josef Vonlanthen von St. Antoni und Kassier Max Aebischer von Rechthalten mit einem Goldvreneli belohnt. Peter Remy durfte ein Präsent in Empfang nehmen. Pfarrer X. Ruffieux stellte mit Recht fest, dass die Raiffeisenkassen weitgehend von geistlichen Herren gefördert wurden. Die Gesinnung eines Jeremias Gotthelf hätten auch sie sich zu eigen gemacht. Namens des Gemeinderates von Jaun sprach Vize-Ammann Edmond Mooser ein Wort des Dankes den Delegierten der Raiffeisenkassen. Präsident Brülhart hielt darauf das Schlusswort und wünschte allen gute Heimkehr.

R. B.

Verbandstag 1977

Wir bitten vorzumerken, dass die **schweizerische Delegiertenversammlung 1977 am 4. Juni in Interlaken** stattfinden wird.

Das Sekretariat

Geschlossener Aufmarsch an der Delegiertenversammlung des Deutschbernischen Verbandes der Raiffeisenkassen in Lauterbrunnen – Wahl eines neuen Präsidenten

An die 350 Gäste und Delegierte folgten der Einladung zur diesjährigen Delegiertenversammlung des Deutschbernischen Verbandes der Raiffeisenkassen, die am 17. Oktober im neuerbauten, gediegenen Gemeindesaal «Hohsteg» in Lauterbrunnen zur Durchführung gelangte. In seinem Eröffnungswort konnte Vizepräsident Ernst Neuenschwander Vertreter der Ortsbehörde von Lauterbrunnen und kantonale Parlamentarier begrüssen. Einen besondern Willkomm entbot er Verbandsdirektor Dr. A. Edelmann aus St. Gallen, den beiden Verbandsrevisoren Ernst Rechsteiner und Hansruedi Kuhn, Werner Jaggi aus Kippel, Präsident des Oberwalliser Verbandes der Raiffeisenkassen, und Gilbert Giauque aus Prêles, Vorstandsmitglied des Verbandes der Raiffeisenkassen des Berner Jura.

Gute Aufnahme fanden die sympathischen Worte, die Gemeindepräsident Fritz Schneider als Vertreter der Behörde und der Dorfschaft von Lauterbrunnen an die Delegierten richtete. Zugleich stellte er den Tagungsort vor, der eine interessante Vielseitigkeit aufweist. Tourismus, Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Gewerbe sind die wichtigsten Erwerbszweige. Der Redner gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass Lauterbrunnen als Tagungsort ausgewählt wurde, und er wünschte einen flotten Verlauf der Delegiertenversammlung sowie einen angenehmen Aufenthalt im sonnigen Bergtal.

Ebenso freundliche Worte richtete Ernst Berger, Präsident der Raiffeisenkasse Lauterbrunnen, an die Tagungsteilnehmer. Die heute im 47. Geschäftsjahr stehende Raiffeisenkasse in Lauterbrunnen wurde im Frühjahr 1929 gegründet und weist den stattlichen Bestand von mehr als 400 Genossenschaftern auf. Die letztjährige Bilanzsumme belief sich auf rund 14,6 Mio Fr. Mit mehr als einer halben Million Franken haben die Reserven einen beachtenswerten Stand erreicht. Die Sparguthaben der Gläubiger machen mehr als 10 Mio Fr. aus.

Die nachfolgenden statutarischen Geschäfte fanden rasche Erledigung. Das von Sekretär Karl Jaun trefflich abgefasste Protokoll der letztjährigen Delegiertenversammlung wurde einmütig gutgeheissen. Über das Jahresgeschehen orientierte Vizepräsident Ernst Neuenschwander ausführlich und sehr interessant. Während vor zwei Jahren noch die Inflation Schlagzeilen machte, sprach man im vergangenen Jahr von Rezession und Arbeitslosigkeit. Manches ist anders geworden. Es darf namentlich darauf verwiesen werden, dass sich das Sparen wieder lohnt. Ganz besonders müssen wir unsere Jugend darauf aufmerksam machen. Dass wir in mancher Beziehung günstiger dastehen als andere Länder, ist nicht zuletzt auf richtiges Handeln der Bundesbehörden und auf die Vernunft eines Grossteils des Schweizervolkes zurückzuführen.

Nach diesem den Jahresbericht einleitenden weltpolitischen und wirtschaftlichen Exkurs kam Ernst Neuenschwander auf die *Entwicklung der deutschbernischen Raiffeisenkassen* zu sprechen. Der Zuwachs der Gesamtbilanzsumme von 364 auf 406 Mio Fr. (11,52%) darf als erfreuliches Resultat bewertet werden. Auf der Seite der Aktiven stehen die Hypothekardarlehen mit 210 Mio Fr. (Vorjahr 191 Mio Fr.) an erster Stelle. Bei den Passiven dominieren die Sparguthaben der Gläubiger. Die Erhöhung von 269 auf 302 Mio Fr. (12,29%) beweist einmal mehr, dass der Sparsinn in unseren Dörfern gesund geblieben ist. Im gleichen Zeitraum stiegen die Obligationen von 43 auf 52 Mio Fr. (20,33%) und die Depositen von nahezu 5½ Mio auf mehr als 7 Mio Fr. (30,99%). In diesen Zahlen widerspiegelt sich unverkennbar das unge-

schwächte Vertrauen, das die Raiffeisenkassen geniessen. Die Zunahme des Umsatzes beläuft sich auf 48 Mio Fr.; dies bewirkte, dass erstmals die Milliarden-Grenze überschritten wurde. Die Reserven konnten um 1,3 auf 13,6 Mio Fr. erhöht werden (11,26%). Zum Mitgliederbestand, der um 474 Genossenschafter auf 11 467 anstieg, bemerkte Ernst Neuenschwander, dass in diesem Sektor noch viel erreicht werden könne, in vermehrtem Masse sollten insbesondere Frauen, Söhne und Töchter zum Beitritt bewogen werden. Im Berichtsjahr waren wiederum grosse Zinsveränderungen, die den Kassabehörden vermehrte Arbeit verursachten, an der Tagesordnung. 1975 feierten die Kasse Oberried am Brienzersee das 50- und die Kasse Wachseldorn das 25jährige Bestehen. Im seeländischen Dorfe Dotzigen konnte eine neue bernische Raiffeisenkasse aus der Taufe gehoben werden. Einen erfolgreichen Verlauf nahm der im Mai in Saxeten abgehaltene Instruktions- und Orientierungskurs, zu dem 27 Kassen des engern Oberlandes sowie die junge Kasse Dotzigen eingeladen wurden. Der Berichterstatter bemerkte abschliessend, dass, gesamthaft gesehen, eine gute Ernte unter Dach gebracht werden konnte. Er dankte den Verwaltern und Kassabehörden für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit. Sein Dank galt aber auch dem Zentralverband in St. Gallen, sowohl der Revisionsabteilung wie der Zentralbank.

Wie gewohnt präsentierte hierauf Kassier Walter Berger eine saubere, exakte Jahresrechnung, die mit einem Reinvermögen von 19 857 Fr. abschliesst. Die Vermögensvermehrung beträgt 6778 Fr. Im Hinblick auf nahende Jubiläen wurde der Jahresbeitrag in unveränderter Höhe beibehalten (4 Fr. pro 100 000 Fr. Bilanzsumme). Als neue Revisionskasse beliebte Habkern. Die anfangs November letzten Jahres gegründete Kasse Dotzigen, deren Mitgliederzahl inzwischen auf mehr als 90 angewachsen ist, wurde einmütig und unter Beifall in den Verband aufgenommen.

Als Nachfolger des vor Jahresfrist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Präsidenten Hermann Hofmann (Uetendorf) wurde einstimmig der bisherige Vizepräsident, Ing. Agr. Ernst Neuenschwander (Bowil), zum neuen Präsidenten gewählt.

Die besondern Aufgaben der Raiffeisenkassen heute und morgen, so lautete das Thema, über das Direktor Dr. A. Edelmann aus St. Gallen einlässlich, bestens fundiert und mit grosser Sachkenntnis referierte. Er dankte dem zurückgetretenen Präsidenten für die geleistete Arbeit und beglückwünschte seinen Nachfolger zur ehrenvollen Wahl. Die prächtigen Erfolge der deutschbernischen Raiffeisenkassen sind das Resultat einer guten Führung. Namens der schweizerischen Verbandsbehörde dankte der Redner für die «grossartigen Leistungen». Dann beleuchtete er kurz die gesamtschweizerische Raiffeisenbewegung und nannte interessante Zahlen, denen man entnehmen konnte, dass sich die Raiffeisenkassen im Vergleich zu andern Bankinstituten sehen lassen dürfen, ganz besonders bilanzmässig. An ihrer Aktualität haben unsere Kassen nichts eingebüsst, vorab der Vorteile wegen, die sie zu bieten vermögen: günstige Konditionen, begrenzter Geschäftsbereich, persönlicher Kontakt mit der Kundschaft und anderes mehr. Die Bilanzsumme von 8,5 Mia Fr. der 1172 schweizerischen Raiffeisenkassen ist ein glänzender Vertrauensbeweis. Hier flocht der Redner treffliche Gedanken über Sinn und Notwendigkeit des Sparens ein, das zu allen Zeiten eine Tugend gewesen ist. Ohne Ersparnisse kann die Wirtschaft als Ganzes nicht existieren. Spartätigkeit fördert das Privateigentum und den Wohlstand unserer Landgemeinden. Als überaus wertvolles Instrumentarium taxierte Direktor Dr. Edelmann die Bürgschaftsgenossenschaft des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen. Sie ist übrigens die grösste Bürgschaftsgenossenschaft der Schweiz, was uns mit Stolz erfüllen darf.

Im Zusammenhang mit der Sanierung von Altwohnungen (es gibt deren rund 450 000 in unserem Lande, die renovationsbedürftig sind) bietet sich den Raiffeisenkassen eine empfehlenswerte Möglichkeit des Helfens. Dringlich ist namentlich die Sanierung der Wohnverhältnisse in den Berggegenden. Dazu kommt die Gewährung von Krediten zugunsten der Parahotellerie (Ferienwohnungen), wobei es freilich die damit verbundenen Risiken zu berücksichtigen gilt. Der Redner gab einige Richtlinien für Kreditgewährungen dieser Art: die einzelnen Kredite dürfen 50% der Anlagekosten nicht übersteigen, grosse Abzahlungen sind erforderlich, luxuriöse Häuser und Wohnungen sollen nicht belehnt werden. Abschliessend kam Dr. Edelmann auf die Zinsfussgestaltung zu sprechen. Es ist damit zu rechnen, dass auf Beginn des nächsten Jahres weitere Zinsreduktionen wirksam werden. Bevor eine Senkung der Sparkassenzinse erfolgt, muss eine Anpassung der Schuldnerzinse ins Auge gefasst werden. Den Raiffeisenkassen wird empfohlen, bis Ende des laufenden Jahres keine Zinsänderungen vorzunehmen. Nach dem mit grossem Beifall aufgenommenen Referat dankte namens der anwesenden Gäste Grossrat Kurt Borter für die freundliche Einladung und entbot den bernischen Raiffeisenkassen die besten Wünsche für die Zukunft. Überaus sympathisch berührten ebenfalls die Grüsse und Glückwünsche, die Gilbert Giauque namens des jurassischen Raiffeisenverbandes und Werner Jaggi als Sprecher des Oberwalliser Raiffeisenverbandes überbrachten.

Hierauf wurde der bisherige Verbandspräsident verabschiedet. Sein Nachfolger, Ernst Neuenschwander, würdigte das Wirken des langjährigen Vorsitzenden und überreichte ihm als Zeichen des Dankes ein Geschenk. Hiefür und für das ihm während vieler Jahre geschenkte Vertrauen dankte H. Hofmann bestens. Seinem Nachfolger gratulierte er herzlich zum neuen Amte und wünschte dem Verband weiterhin eine kraftvolle Entfaltung und ein zuversichtliches Weiterschreiten auf dem Wege der Mitverantwortung und Mitmenschlichkeit. Nicht vergessen sei ein Dank an die Musikgesellschaft und den Jodlerklub Lauterbrunnen, die mit ihren flotten Darbietungen massgeblich zum Gelingen der gut organisierten Delegiertenversammlung beigetragen haben. *H.*

Hermann Hofmann hat im Jahre 1961 die Leitung des Deutschberner Verbandes der Raiffeisenkassen mit der ihm eigenen Tatkraft übernommen. Doch nicht erst von da an kannte man Hermann Hofmann als Raiffeisenmann mit Überzeugung, senkrechter Haltung und Überzeugungskraft. Schon lange Jahre vorher war er zielbewusst und mit Initiative als Mitglied und Präsident des Vorstandes bei der bedeutenden Raiffeisenkasse Uetendorf tätig.

Seit Hofmanns Präsidialzeit hat sich die Raiffeisenbewegung im Bernbiet sehr stark verändert und gefestigt. Im Oberland kannte man die Raiffeisenkassen schon lange. Im Seeland dagegen hatte es der ausgestreute Samen nicht leicht, auf guten Boden zu fallen. Und erst recht im Emmental mussten die ersten Gründungen hart erkämpft werden. Hermann Hofmann hat hier recht eigentliche Pionierdienste geleistet. Erstaunlich, mit welcher Überlegenheit, Sachlichkeit und Überzeugungskraft er bei den Gründungsversammlungen mitwirkte und dabei erfolgreich blieb.

Daneben hat sich Hermann Hofmann in der Raiffeisenbewegung journalistisch hervorgetan. Seine vielen Arbeiten im «Schweizer Raiffeisenbote» zeugten von gründlichem Wissen und hohem Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Mitmenschen und der Gemeinschaft. Dafür wird ihm eine breitgestreute Leserschaft zu Dank verpflichtet und mit ihm verbunden bleiben.

Der Schweizer Verband der Raiffeisenkassen seinerseits dankt Hermann Hofmann für die sehr geschätzte, wertvolle Mitarbeit, womit er sich um die bernische und schweizerische Raiffeisensache in hohem Masse verdient gemacht hat.

Delegiertenversammlung des St. Gallischen Raiffeisenverbandes in Schwarzenbach

Sorgen mit den sinkenden Zinssätzen

An die 300 Delegierte der sanktgallischen Raiffeisenkassen fanden sich am Samstag in Schwarzenbach zu ihrer jährlichen Versammlung ein, die in der Mehrzweckhalle des neuen Schulgebäudes stattfand. Als Präsident konnte Gemeindeammann A. Schwendimann, Andwil, eine Reihe Gäste begrüssen.

In seinem Tätigkeitsbericht wies er besonders darauf hin, dass die Schweizerische Nationalbank in einer Situation rückläufiger Investitionstätigkeit helfend einspringen wolle. Mit ihrer Geldpolitik habe sie es verstanden, die Zinsfüsse, somit die für Investitionen sehr wichtigen Kreditkosten, ruckartig nach unten zu korrigieren. Und es scheine beinahe, dass der Abwärtstrend noch nicht zu Ende gekommen sei. Von seiten der Schuldner werde diese Entwicklung sicher begrüsst, doch einmal mehr scheine der Sparer schlecht wegzukommen. Weil in Zeiten grosser Geldknappheit die Schuldner-Zinssätze durch den Preisüberwacher künstlich tief gehalten worden seien, hätte der Sparheftbesitzer nicht auf den gewünschten Ertrag kommen können; jetzt aber, wo ihm endlich bei stabilen Geldwerten ein wirklicher Gewinn auf seinen Ersparnissen winke, soll er es sein, der zuerst wieder Opfer bringen müsse.

Keine gefährlichen Spekulationen!

«Selbstverständlich sind auch wir dazu aufgerufen, der zurzeit bedrängten Wirtschaft zu helfen. Wir werden unserem Auftrag gerecht, wenn wir allen gut begründeten Kreditgesuchen entsprechen, wenn wir im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten unsere Zusagen vielleicht auch auf Bittsteller ausdehnen, die wir noch vor zwei bis drei Jahren abgewiesen hätten. Aber darob dürfen wir nicht leichtsinnig werden. Wir verwalten die Ersparnisse unserer Mitglieder und Kunden. Ihnen in erster Linie wollen wir helfen, ihre Betriebe zu erhalten und womöglich in vernünftigem Rahmen auszubauen. Auf gefährliche Spekulationen oder auf die Sanierung gefährlicher Positionen wollen wir uns weiterhin nicht einlassen. Ebensosehr aber wollen wir verhindern, dass in Schwierigkeiten geratene Gewerbebetriebe unserer Dörfer in ihrer Not keinen anderen Ausweg mehr sehen, als ihre Geldaufnahme bei den bekannten ‹18-Prozent-Instituten› zu tätigen.»

Ordentliche Traktanden

Die mit einem Vorschlag von 4441 Franken abschliessende Jahresrechnung wurde genehmigt. Wahlen waren keine zu tätigen, dafür eine Anzahl Ehrungen vorzunehmen, wobei E. Steigmeiers (Wittenbach) besonders gedacht wurde, steht er doch seit 55 Jahren im Dienste seiner Raiffeisenbank, davon 46 Jahre als Verwalter! Zurückgetreten sind im abgelaufenen Jahre 10 Mitarbeiter, verstorben 17.
Die Bilanzsumme der 84 sanktgallischen Raiffeisenbanken und -kassen stieg im abgelaufenen Jahr um 10,37 Prozent auf 1453 Mio Franken, der Umsatz um 2,91 Prozent auf 6157 Mio Franken, die Depositengelder stiegen um 32,17 Prozent auf 67 Mio Franken an. Auffällig gegenüber dem Vorjahr ist sodann der nochmalige Anstieg bei den Kassenobligationen um 17,51 Prozent und bei den Spareinlagen um 8,04 Prozent. Der Reingewinn erreichte 3,99 Mio Franken und erfuhr damit eine Steigerung um 25,35 Prozent.

Die Zinsfussentwicklung

Direktor Dr. A. Edelmann erläuterte sodann in einem Kurzreferat die gegenwärtige und die zu erwartende Zinsfussentwicklung auf dem Kapitalmarkt der Schweiz. Eine nicht unerhebliche Belastung der Banken und Kassen ergibt sich künftig dadurch, dass der Bundesrat beschloss, dass inskünftig die Kosten der eidg. Bankenkommission nicht mehr vom Bund getragen werden, sondern von den Banken. Ebenso ergeben sich neue Kosten durch das Obligatorium einer jährlichen Zwischenrevision, die zur ordentlichen Revision hinzukommen soll.
Die Zinssätze erreichten 1974/75 Höchstwerte, wie sie noch nie dagewesen waren, von 7¾ Prozent bis 8 Prozent auf Kassenobligationen und 8 Prozent bis 9 Prozent auf Anleihensobligationen. Nach den massiven Rückgängen der Zinssätze bis zum Frühjahr 1976 glaubte man an die Möglichkeit eines Wiederanstieges gegen Ende Jahr, doch erleben wir derzeit immer noch einen starken Druck auf die Zinssätze. Man hat bereits auch die Konsequenzen gezogen und die Schuldnerzinssätze angepasst, nämlich publiziert, dass der Zinssatz für erstrangige Hypotheken auf 5½ Prozent ab Neujahr 1977 angesetzt werde. Mit dem Sparkassenzinssatz ist man schon mit Wirkung ab 1. Oktober oder 1. November von 4 Prozent auf 3½ Prozent zurückgegangen.
«Ich würde Ihnen empfehlen, die Kassenobligationen auf drei bis vier Jahre vorläufig noch auf 4½ Prozent zu belassen, solche auf fünf, maximal sechs Jahre 4¾ Prozent und 5 Prozent. Es ist aber durchaus möglich, dass schon in absehbarer Zeit die Kassenobligationen weiter reduziert werden. Bei den Sparkassen würde ich Ihnen empfehlen, entgegen der Praxis bei den Gross- und Kantonalbanken bis Ende Jahr die bisherigen Zinssätze beizubehalten.»
Der Referent hält es nicht für ausgeschlossen, dass vielleicht sogar eine Senkung von ¼ Prozent bis ½ Prozent bei den Hypothekarzinsen im kommenden Jahr angebracht und gerechtfertigt sein wird. In der Diskussion wurde für eine ausgeglichenere Zinspolitik plädiert.
In einem weiteren Referat nahm Direktor Josef Roos, St. Gallen, Stellung zur Zins- und Kreditpolitik der Zentralbank und insbesondere zu den Konditionen, welche der Zentralverband den einzelnen Banken und Kassen machen will. Sie sind zum Teil recht bescheiden.
Gemeindeammann Kurt Bulgheroni stellte in einem Grusswort die Gemeinde Jonschwil vor, zu der Schwarzenbach politisch gehört, und Adolf Arnheiter, St. Gallen-Winkeln, unterhielt mit einer Tonbildschau «Beeinflussung der Umwelt durch die Energie». *-rr-*

Raiffeisen-Reisen

Die erste Reise nach **Kalifornien** hat Begeisterung ausgelöst.

Auch

FLORIDA

verspricht eine echte Erlebnisreise zu werden.

Wir bitten, Interessenten möglichst bald zu melden, damit die Reservation zuverlässig erfolgen kann.
Weitere Prospekte können angefordert werden.

Erlebnisreisen mit Raiffeisen

Sekretariat
Tel. 071 20 91 11 int. 325

Tagung der seeländischen Raiffeisenkassen in Bargen BE

Interessante und belehrende Begegnung

Traditionsgemäss treten immer anfangs Oktober die Delegierten der seeländischen Raiffeisenkassen zu einem Diskussions- und Ausspracheabend zusammen. Ziel und Zweck dieser Begegnungen sind vornehmlich die Aufnahme von vermehrten Kontakten unter den verschiedenen Kassabehörden und durch gegenseitige Aussprache zu versuchen, eine etwas einheitlichere Geschäftsführung, insbesondere auf dem Gebiete des Zinssektors, anzustreben. Für die Organisation zeichnete diesmal die Raiffeisenkasse Bargen. In seinem kurzen, sympathischen Begrüssungswort konnte Kassapräsident Samuel Andres eine stattliche Teilnehmerzahl aller seeländischen Raiffeisenkassen begrüssen. Vorerst machte Walter Berger, Gemeindeschreiber, Merzlingen, einige interessante und aufklärende Ausführungen über die in letzter Zeit stark in Bewegung geratenen Zinssätze auf der Sparer- und der Schuldnerseite. Zufolge vermehrter Spareingänge und Rückfluss grosser Kapitalien aus dem Auslande verfügen heute die Grossbanken wieder über genügende oder zu viele finanzielle Mittel. Anderseits fehlt es seit einiger Zeit an Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere auf dem Gebiete des Bausektors. Der gesunde Wettbewerb zwischen Angebot und Nachfrage wurde gestört und hatte unweigerlich eine Zinsbewegung nach unten zur Folge. Die Raiffeisenkassen waren genötigt, ebenfalls eine Anpassung vorzunehmen. Dabei kam zum Ausdruck, dass innerhalb der Kassen unterschiedliche Zinssätze zur Anwendung gelangen. Heute vergüten immer noch die meisten Raiffeisenkassen auf gewöhnliche Sparhefte einen Zins zu 4½%, was als recht günstig bezeichnet werden darf. Auch auf der Schuldnerseite gelangen sehr vorteilhafte Zinssätze zur Anwendung.

Über die in jüngster Zeit erfolgte sehr starke steuerliche Belastung der Raiffeisenkassen im Kanton Bern waren die Delegierten wenig erbaut. Laut der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dürfte jedoch einer Bekämpfung dieser starken fiskalischen Belastung kein grosser Erfolg beschieden sein.

Über das Werbe- und Propagandawesen entspann sich ebenfalls eine sehr lebhafte Aussprache. Es wurde vereinbart, auch im kommenden Jahre in der Presse neuzeitliche Inserate erscheinen zu lassen. Zudem soll in den Gemeinden eine zielstrebige Werbetätigkeit an die Hand genommen werden. Dabei dürfe die Neugründung von Raiffeisenkassen nicht vergessen werden. Es wurde aber auch betont, dass die Grösse einer Raiffeisenkasse nicht so sehr massgebend sei, viel mehr zählt deren Präsenz und Leistung. Die starke Ausstrahlung einer Dorfkasse ist mit der Tatsache in Verbindung zu bringen, dass das Werk mit Treue, Dankbarkeit und mit dem Geist der Solidarität von uns allen getragen wird. Die heute in der Schweiz bestehenden 1175 Raiffeisenkassen und -banken sind stolz darauf, eine segensreiche, auf genossenschaftliche Selbsthilfe aufgebaute Tätigkeit entfalten zu dürfen. Es war eine sehr beeindruckende und interessante Tagung, die zweifellos ihre Früchte zeitigen wird. *G. A.*

Schwyzer Raiffeisenleute tagten in Einsiedeln

Zur 53. ordentlichen Delegiertenversammlung des Regionalverbandes der 14 schwyzerischen Raiffeisenbanken und -kassen in Einsiedeln konnte der Präsident Josef Kryenbühl, Sattel, ausser den Delegierten von sämtlichen Instituten einige prominente Gäste willkommen heissen, nämlich Kantonsratspräsident Walter Öchslin, Regierungsrat und Finanzchef Josef Diethelm, Bezirksammann Josef Baumann, Direktor Dr. Arnold Edelmann und Revisor Werner Casanova aus St. Gallen sowie Pressevertreter.

Gleich nach den Begrüssungsworten des Präsidenten des Regionalverbandes ergriff der Präsident der Raiffeisenbank Einsiedeln, Karl Saurer, das Wort und begrüsste die Delegierten und Gäste im Namen der Raiffeisenbank Einsiedeln. Er gab einen kurzen Überblick über die Gründung und Entwicklung der Einsiedler Raiffeisenbank.

Dann schritt man zur Behandlung der

Traktandenliste. Als Stimmenzähler beliebten Frau Schriber, Goldau, und Herr Schönenberger, Einsiedeln. Das ausführliche Protokoll der letztjährigen Delegiertenversammlung verlas Aktuar Klemens Lagler. Vielseitig war auch der präsidiale Jahresbericht. Ausser den sehr erfreulichen Abschlusszahlen für 1975 (Zunahme der Bilanzsumme der 14 Institute um 11,6% auf 160 Mio, Zunahme der Spargelder um 10,56% oder 11 Mio, Ertragsrechnungszuwachs um 21,66%, Anzahl der Mitglieder 3396, Steuerabgaben von 199 000 Fr.) fanden folgende Ereignisse Erwähnung: der Schulungskurs für Aufsichtsräte, der mehrtägige Weiterbildungskurs für Verwalter, die bewegte Zinswelle, die 50-Jahr-Jubiläen von Illgau und Steinen, der Verbandstag in Lausanne, an dem der Verwalter der Raiffeisenbank Einsiedeln, Albert Hensler, ehrenvoll in den Aufsichtsrat des Schweizer Verbandes gewählt wurde. Besonders wurde auch des Muotathaler Raiffeisenpioniers Lehrer Ernst Mazenauer gedacht, der am vergangenen Bettag im Alter von 99 Jahren Abschied nahm von dieser Welt. Auch in die Zukunft richtete der Präsident seinen Blick, indem er der Kunden- und Genossenschafterwerbung grosse Beachtung beimass. Drei Jubiläen fallen auf das Jahr 1977: Einsiedeln und Yberg 75 Jahre, Gersau 50 Jahre. Mit einem allseitigen Dankeswort schloss der Präsident seinen Jahresbericht.

Nicht so gut wie bei den angeschlossenen Kassen ist die Situation bei der Unterverbandskasse, indem sie einen Minussaldo von rund 350 Fr. ausweist. Kassier Albert Hensler beantragte aber trotzdem, den Jahresbeitrag auf der gleichen Höhe zu belassen. Ein sehr instruktives Referat brachte Direktor Dr. A. Edelmann den Delegierten zu Gehör. Sein Thema lautete: «Die Stellung des Schweizer Frankens». Ein in kurzen Worten nicht leicht zu erklärendes, komplexes Gebiet verstand der Referent den Anwesenden gut verständlich zu machen. Mit Erläuterungen über die Währungspolitik der Nationalbank, über Vollbeschäftigung und Erhaltung des Geldwertes, über Bekämpfung der Teuerung und über die Aufgaben der Nationalbank gab der Redner einen ausgezeichneten Einblick in die nicht einfache Materie und stellte fest, dass unsere Behörden und die Nationalbank wirtschaftspolitisch auf dem richtigen Weg seien. Anschliessend gab Direktor Edelmann noch einige Richtlinien für die Zinsfussgestaltung. Dabei bedauerte er, dass bereits wieder die Sparheft-Gläubiger vor den Schuldnern «dran glauben» müssen, wenngleich er den Schuldnern die Zinsreduktion von Herzen gönnen möge.

Der kantonale Finanzchef, Regierungsrat Josef Diethelm, gab seiner Freude Ausdruck, in der Atmosphäre der Raiffeisen-Delegierten zu weilen. Bezirksammann Josef Baumann sprach im Namen der Waldstattbevölkerung und überreichte dem Regionalverbandskassier ein Kuvert mit Inhalt als Mittel gegen die roten Zahlen. Herzlichen Dank!

Hierauf konnte der Präsident die sehr speditiv geführte Delegiertenversammlung mit einem allseitigen Dank und den besten Wünschen für eine erspriessliche Arbeit im Sinne Raiffeisens schliessen. *kl*

Raiffeisenbank Oberbüren SG

In der letzten Nummer des «Schweizer Raiffeisenbote» haben wir über die Eröffnung des Neubaues der Raiffeisenbank Oberbüren orientiert. Mit den nachfolgenden beiden Fotos möchten wir die Raiffeisenbank im Bilde vorstellen:

Neubau der Raiffeisenbank Oberbüren

Schalterhalle der Raiffeisenbank Oberbüren

Entwicklung der Raiffeisenkasse Tägerwilen TG

Dorfbank bezieht neue Räumlichkeiten — Mit Vertrauen in die Zukunft

Im Jahre 1936 haben einige initiative Männer in Tägerwilen den Entschluss gefasst, eine Darlehenskasse zu gründen. Es brauchte viel Mut und Entschlusskraft, diese Idee in die Tat umzusetzen, war man doch dazumal erst am Ende einer langen Krise, und bald darauf kamen die Kriegsjahre, die einem jungen Bankinstitut nicht sehr förderlich waren. Als erster Präsident, und in der Folge während langer Jahre der Bank vorstehend, diente der Raiffeisenkasse Tägerwilen Notar Carl Egloff.

Im Gründungsjahr traten 31 Personen unserer Kasse bei. Im Jahre 1945 war die Mitgliederzahl auf 52 angestiegen. Die Bilanzsumme betrug 427 000 Fr., die Spareinlagen erreichten 220 000 Fr. und die Obligationen 110 000 Fr. Die Reserven waren bei 7806 Fr. angelangt.

Nach zehn Nachkriegsjahren stieg die Mitgliederzahl auf 93. Die Bilanzsumme erfuhr eine Ausweitung auf 1 135 000 Fr. Sparhefte waren für 469 000 Fr. und Obligationen für 504 900 Fr. vorhanden. Die Reserven waren auf 41 931 Fr. angewachsen. Ein weiterer Aufschwung brachte auch das dritte Jahrzehnt seit der Gründung. Durch all die Jahre hat alt Lehrer Ernst Kreis der Raiffeisenkasse Tägerwilen als gewissenhafter und treuer Verwalter gedient.

Im vierten Jahrzehnt, parallel mit der grossen Erweiterung der Wirtschaftstätigkeit, erlebte die Raiffeisenkasse Tägerwilen einen grossen Aufschwung, so dass wir nun die stattliche Bilanzsumme von 6 411 900 Fr. aufweisen, mit Spareinlagen von 2 478 000 Fr. und Kassenobligationen von 2 468 000 Fr. Die Reserven zeigen heute die Stärke unserer Dorfbank und stehen mit 252 846 Fr. zu Buch. Der Jahresumsatz beträgt heute über 30 Millionen Franken.

Verwalter Werner Schiess, der seit einigen Jahren im Amt ist, wird sich weiterhin bemühen, unsere Mitglieder und Kunden bestmöglich zu bedienen. Die neuen Räume mit der modernen Schalteranlage geben ihm hiezu die technischen Voraussetzungen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit allen Unternehmern und Lieferfirmen der neuen Einrichtung bestens danken für die prompte Arbeit. Wir haben getreu unserer Devise, die Wirtschaft im eigenen Dorf zu stärken, nach Möglichkeit alle Aufträge an einheimische Firmen vergeben.

Gestützt auf die gemachten Erfahrungen und verbunden mit der Freude am dauernden Fortschritt unserer Dorfbank, sehen wir vertrauensvoll in die Zukunft. *Raiffeisenkasse Tägerwilen*

Die Schalteranlage an der Hauptstrasse 67 aus der Sicht des Planers und Unternehmers

Anfangs Juli beauftragte mich der Präsident der Raiffeisenkasse Tägerwilen, Jacques Dütsch, einen Vorschlag über die Konstruktion und Kosten einer neuen Schalteranlage in den Räumlichkeiten des ehemaligen Ladenlokals von B. Walser auszuarbeiten. Zur Verfügung stand eine Raumbreite von 4,10 m und eine Höhe von 2,57 m; dieses Rechteck galt es optimal auszunützen, um schlussendlich eine funktionell gute Anlage zu erhalten.

Der eigentliche Schalterkorpus ist ausgestattet mit einer gepanzerten zweiteiligen Schalterkasse. Beidseitig daran angeschlossen sind je zwei Registratur- und Aktenschränke mit je vier Vollauszugsschubladen, die auf der Bedienungsseite mit sehr modern konzipierten Kunststoffgriffen ausgerüstet sind und dem ganzen eine sehr persönliche Note verleihen.

Die Raumverhältnisse erlaubten es, die Anlage so zu gestalten, dass zwei Angestellte gleichzeitig den Kunden zur Verfügung stehen können. Diese zwei Schalterabteile sind ausgerüstet mit je einer schusssicheren Durchgabemulde und abgegrenzt durch Holzvorbauten, die ein individuelles Abwickeln der Bankgeschäfte gestatten. Anschliessend an die Korpusaufbauten befindet sich der eigentliche Büroeingang, der aus einer Stahl-Aluminium-Konstruktion besteht. Bei der Konzeption der Anlage wurde auch in vermehrtem Masse auf die Sicherheit des Personals gegenüber unliebsamen Besuchern Wert gelegt. So wurde die Verglasung der Schalteranlage in schusssicherem Panzerglas erstellt, das eine Gesamtstärke von über 30 mm aufweist.

Dass drei verschiedene Bauteile sich sehr gut vertragen können, beweist die Tatsache, dass sich dem Beschauer ein sehr harmonisches Bild bietet. Das Eichenholztäfer und die Vorbauten an der Korpusfront im Übergang zum neuzeitlichen Bauteil Aluminium zeigen, wie harmonisch sich solches gestalten lässt, zumal wenn eine solche Anlage durch eine grosszügige Verglasung aufgelockert wird. Abgerundet und vervollständigt wird das ganze durch die im Warteraum stehende Sitzgruppe aus Eichenholz, die nicht aus einer Serienproduktion stammt, sondern echt handwerkliches Schaffen darstellt.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich es nicht unterlassen, dem Auftraggeber im Namen aller am Werk beteiligten Handwerker recht herzlich zu danken.

Rich. Egloff, Metallbau, Tägerwilen

An die Verwalterinnen und Verwalter

Adressänderungen und Neuabonnenten für den «Schweizer Raiffeisenbote»

Eine einwandfreie und reibungslose Mutation ist nur dann gewährleistet, wenn Sie die folgenden wichtigen Punkte beachten:

1. Sämtliche Adressänderungen und Neuabonnenten müssen **ausschliesslich durch die entsprechende Raiffeisenkasse** gemeldet werden. Nur so kann jede Kasse ihre Abonnenten lückenlos kontrollieren und mit der von der Druckerei jährlich 1 × ausgedruckten EDV-Mitgliederliste vergleichen. Aus diesem Grunde sind Adressänderungen durch die Post oder durch das Mitglied selbst unzulässig.

2. Die Meldung von Adressänderungen und Neuabonnenten hat **ausnahmslos mit der vorgedruckten grünen Mutationskarte** zu erfolgen. Diese muss in jedem Fall genau und **vollständig ausgefüllt** sein. Vergessen Sie nicht, die **Berufsbezeichnung,** das **Geburtsjahr** und die **Kassenzugehörigkeit** anzugeben. Unentbehrlich ist bei Adressänderungen zusätzlich die Angabe der auf der Adressetikette (oder auf der jeder Kasse jährlich 1 × zugestellten Mitgliederliste) ersichtliche **Referenz-Nummer.** Unvollständig oder nicht mit der grünen Karte gemeldete Mutationen müssen zurückgewiesen werden. (Verwalterinnen und Verwalter können die grünen Mutationskarten beziehen durch: Schweizer Verband der Raiffeisenkassen, Redaktion, Vadianstrasse 17, 9001 St. Gallen, Tel. 071-20 91 11.)

3. Die Meldung hat **direkt an die Walter-Verlag AG, Abt. EDV, Postfach, 4600 Olten 1,** zu erfolgen.

4. Melden Sie Adressänderungen sofort, d. h. sobald die Adressänderung in Kraft tritt. Wenn die Meldung nicht pünktlich erfolgt oder zeitlich mit den Versandvorbereitungen zusammenfällt, ist es möglich, dass der Abonnent erst bei der übernächsten Ausgabe mit der richtigen Adresse bedient wird. Eine allfällige diesbezügliche Beanstandung soll also grundsätzlich erst bei der zweiten der der Mutation folgenden Ausgabe erfolgen.

5. Anfragen und Reklamationen sind in jedem Fall direkt an die **Walter-Verlag AG, Abt. EDV, 4600 Olten 1,** zu richten (Telefon 062-21 76 21).

Was bedeutet Raiffeisen?

Bis vor kurzem waren die Raiffeisenkassen bekannt unter dem Namen Darlehenskassen. Es ist vielen Leuten noch unbekannt, wieso man auf den Namen Raiffeisenkasse gekommen ist. Die erste Kreditgenossenschaft wurde 1864 durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Bürgermeister im Westerwald, BRD, gegründet. Sinn und Zweck dieser Neugründung war die materielle und soziale Besserstellung der Bevölkerung innerhalb der Gemeinde. Die tragende Idee ist und bleibt die Selbsthilfe in der Gemeinschaft. Die von den Raiffeisenkassen entgegengenommenen Gelder werden nur wieder in der eigenen Gemeinde angelegt.

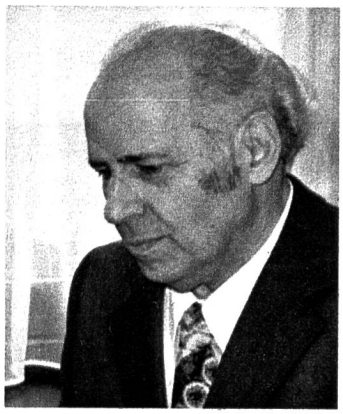
Diese Idee wurde 1899 von Johann Ev. Traber, Dorfpfarrer in Bichelsee, übernommen, indem er dort die erste schweizerische Darlehenskasse gegründet hat. Seither hat sich die Raiffeisen-Idee stark ausgebreitet und zur Zeit sind in der Schweiz nahezu 1200 Raiffeisen-Kassen tätig. *hm.*

Zum 90. Geburtstag von alt Gemeindeammann Adolf Acklin, Herznach AG

Am 6. Oktober durfte alt Gemeindeammann Adolf Acklin bei bester Gesundheit seinen 90. Geburtstag feiern. Er ist der älteste Einwohner und beste Kenner der Geschichte von Herznach. Während 40 Jahren versah er das Amt des Gemeindeammanns. 50 Jahre war er Vorsteher der Kath. Kirchgemeinde Herznach-Ueken. Er war Mitbegründer der Raiffeisenkasse Herznach-Ueken, die er während 43 Jahren präsidierte. In seiner vieljährigen Tätigkeit hat sich Adolf Acklin dank seinen hervorragenden menschlichen Gaben, durch seine Leutseligkeit, seine Bescheidenheit und Güte das Vertrauen nicht nur seiner Mitbürger, sondern weiterer Kreise, auch über das Dorf hinaus, erworben. Die Jahre seiner Wirksamkeit haben ihn für seine Umgebung zu einem festen Begriff werden lassen, sozusagen zu einem Leuchtturm, nach dem man sich orientiert, von dem man sich angezogen fühlt, von dem Vertrauen ausstrahlt. Diese markante Stellung im Dorf und darüber hinaus hat er sich geschaffen durch sein Wohlwollen allen Mitmenschen und Ratsuchenden gegenüber. Wir alle danken alt Gemeindeammann Adolf Acklin aus vollem Herzen für alle guten Werke, vor allem auch für die vielen unsichtbar gebliebenen, für seine wertvolle Führung und Mitarbeit in der Gemeinde und für seinen Beistand und seine Toleranz. Die ganze Gemeinde Herznach gratuliert dem hochbetagten Jubilar und wünscht ihm weiterhin schöne und gesunde Jahre in seinem Heim in Oberherznach.

A. Schmid, Gemeindeschreiber

Verdienten Raiffeisenmännern zum Gedenken



Walter Cotti-Krüsi, Schwarzenbach SG

Wie nahe Freud und Leid beieinanderliegen können, ist uns am 28. Juni 1976 wieder einmal bewusst geworden. Drei Monate nachdem wir unser neues Bankgebäude mit der Verwalterwohnung dem Zweck übergeben und unserem Verwalter-Ehepaar anvertrauen durften, erreichte uns die traurige Nachricht vom plötzlichen Hinschied unseres sehr geschätzten Kassaverwalters Walter Cotti. Er starb völlig unerwartet an einer Hirnblutung. Der Verlust unseres Walter Cotti hinterlässt in unserer Gemeinde und darüber hinaus eine grosse Lücke. Seine liebenswürdige Art, mit den Mitmenschen zu verkehren, hat ihm sehr viele Sympathien eingebracht. So kommt es nicht von ungefähr, dass Walter Cotti schon seit vielen Jahren mit anspruchsvollen öffentlichen Ämtern betraut wurde. Diese Ämter verwaltete er mit der gleichen Umsicht und Sorgfalt, wie er unsere Raiffeisenkasse seit seinem Amtsantritt im Jahre 1969 leitete. Während seiner seriösen, aufopfernden und fachlich ausgezeichneten Amtsführung in den letzten sieben Jahren haben sich Umsatz und Bilanz unserer Kasse nahezu verdoppelt, was das grosse Vertrauen beweist, das Walter Cotti in unserer Bevölkerung geniessen durfte. Seiner Gattin, die in verdankenswerter Weise die Verwaltung der Bank übernommen hat, und allen Angehörigen von Walter Cotti sprechen wir an dieser Stelle nochmals unser herzliches Beileid aus. Wir werden unserem Verwalter ein ehrendes Andenken bewahren und danken ihm übers Grab hinaus für sein Dienen und Wirken für die Allgemeinheit. *H*

Franz Heri, Gerlafingen

Am 18. August nahm eine grosse Trauergemeinde Abschied von ihrem lieben Freund Franz Heri und gab ihm das letzte Geleit auf den Friedhof von Gerlafingen.

Franz Heri wurde als Ältester von drei Geschwistern am 24. Juli 1921 in Gerlafingen geboren. Seine Jugendjahre verbrachte er in Hersiwil und Gerlafingen, wo er auch die Primarschule und die Bezirksschule besuchte. Nach Abschluss der ordentlichen Schulzeit trat Franz Heri als Laborant in eine Lehre bei der Firma von Roll ein. Insgesamt arbeitete er dort 24 Jahre in seinem erlernten Beruf.

Im Jahre 1946 verheiratete sich Franz Heri mit Maria Schwaller aus der Nachbargemeinde Recherswil, die ihn fortan auf seinem Lebensweg begleitete. Zwei Söhne und vier Töchter entsprossen dieser Ehe.

1954 eröffnete das Ehepaar in Gerlafingen ein eigenes Geschäft für chemische Reinigung. Dieses Geschäft wurde im Jahre 1969 wieder aufgegeben, da neue Pflichten zu erfüllen waren.

Franz Heri wurde in diesem Jahr zum Verwalter der Raiffeisenkasse Gerlafingen gewählt. Vorher bekleidete er für ein Jahr das Amt des Präsidenten des Vorstandes der Raiffeisenkasse, und davor war er während vielen Jahren Aktuar im

Raiffeisenvorstand. Bald avancierte seine Gattin, die sich durch Kurse ins Bankfach eingearbeitet hatte, zu seiner ersten Hilfskraft. Dies war gut, denn gesundheitliche Schwierigkeiten (Herzinfarkt) zwangen Franz Heri bald aufs Krankenlager, was in den letzten Jahren verschiedentlich Spitalaufenthalte notwendig machte. Während seiner Abwesenheit übernahm seine Gattin das Amt der Verwalterin unserer Kasse, und auch die Kinder halfen in solchen Situationen tatkräftig mit. Überraschend für alle kam dann am 13. August die Nachricht vom plötzlichen Tod unseres lieben Verwalters, nachdem er, aus den Ferien kommend, einen erholten und gesundheitlich guten Eindruck machte. Die Raiffeisenkasse hat in ihm einen grossartigen Menschen verloren, denn es ist zur Hauptsache ihm zu verdanken, dass die Raiffeisenkasse Gerlafingen auf dem heutigen Stand ist. Durch seine Zuvorkommenheit, seine Sachkenntnisse und sein Verhandlungsgeschick gelang es ihm, die Mitgliederzahl und den Kundenkreis unserer Dorfkasse wesentlich zu erweitern.

In diese Zeit seines Wirkens als Verwalter fiel auch der Neubau eines grösseren Kassenlokals als Folge immer umfangreicher werdender Geschäfte. Franz Heri wirkte bei dieser Aufgabe tatkräftig mit, und bei der Gestaltung des Kassenlokals wurden auch seine Ideen verwirklicht.

Auch sein Wirken in der Öffentlichkeit darf nicht unerwähnt bleiben, denn durch seine gütige und ruhige Art gewann er überall Freunde. Im Jahre 1960 wurde er durch die Stimmbürger als Amtsrichter gewählt. Durch seine fundierten Kenntnisse, die er sich im Verlauf der Zeit durch Weiterbildung aneignete, war er ein geschätzter Kollege im Amtsgericht. Er war mit seinen 55 Jahren nicht nur der jüngste, sondern auch gleichzeitig der amtsälteste (16 Jahre) Richter in diesem Kollegium, aus dem er durch seinen frühen Tod abberufen wurde.

Auch in der Gemeinde war der Verstorbene bis zu seinem Herzinfarkt politisch tätig als Gemeinderat und Kommissionsmitglied in der Einwohnergemeinde. Das Amt eines Kassiers in der Bürgergemeinde führte er während 27 Jahren bis zu seinem Tod aus.

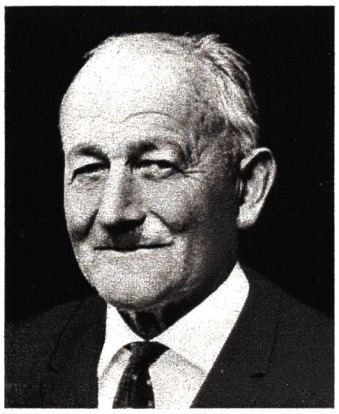
Als Glocken-Götti war er auch in der Pfarrei Gerlafingen aktiv. Er präsidierte während 10 Jahren den Kirchenchor Gerlafingen und half mit seiner Stimme im Chor zum Lobe Gottes zu jubilieren. Alle, die Dich gekannt haben und Dich auf Deinem letzten Weg begleiteten, gedenken Deiner in Ehre und danken Dir, lieber Franz Heri, für alles, was Du uns in Deinem Leben gegeben und vorgelebt hast. *M. Br.*

Mathäus Frutiger, Unterseen BE

Im Jahre 1974 konnte als erste deutschbernische Raiffeisenkasse diejenige von Unterseen ihr 50jähriges Bestehen feiern. Der damalige Präsident, alt Posthalter Mathäus Frutiger, leitete die festliche Versammlung sicher und überlegen trotz seiner 80 Lenze. Das war bestimmt ein unvergesslicher Tag für ihn, gleichsam eine Krönung für sein langjähriges Mitmachen in der Raiffeisenbewegung. Für seine treuen Dienste durfte er denn auch einen gediegenen Zinnteller aus der Hand von Verbandsdirektor Dr. A. Edelmann entgegennehmen. Es war seine Absicht, nachdem er vergangenes Jahr als Vorstandspräsident demissioniert hatte, an der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung des Deutschbernischen Verbandes der Raiffeisenkassen in Lauterbrunnen (17. Oktober) teilzunehmen. Das Schicksal bestimmte es anders. Am 9. Oktober wurde Mathäus Frutiger nach kurzer Krankheit unerwartet vom Tode abberufen. Statt ihn mitsamt den vielen Delegierten und Gästen begrüssen zu können, wurde sein Name genannt, als man in Dankbarkeit der 22 Chargierten gedachte, die seit der Delegiertenversammlung in Lenk verstorben sind.

Mathäus Frutiger erblickte im Jahre 1893 in Ringgenberg am Brienzersee das Licht der Welt. Von 1920 hinweg übte er den Beruf eines Briefträgers aus. Zwölf Jahre später erfolgte seine Wahl zum Posthalter von Unterseen, was zur Folge hatte, dass er mit seiner Familie die schönen Gestade am Brienzersee verlassen musste. Seinen neuen, verantwortungsvollen Posten versah er während 26 Jahren überaus pflichtbewusst und einsatzfreudig. Seine Zuverlässigkeit und seine nieversagende Dienstfertigkeit wurden im «Stedtli», wo er sich schon nach kurzem Wirken heimisch fühlte, geschätzt. In allen Kreisen genoss Mathäus Frutiger volles und wachsendes Vertrauen. Nachdem er bereits in Ringgenberg dem Gemeinderat angehört hatte, wählte man ihn ebenfalls in Unterseen in den Gemeinderat. Ausserdem gehörte er dem Gewerbegericht, der Aufsichtskommission der Gewerbeschule und der Vormundschaftsbehörde an. Grosse Befriedigung fand er in der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben als Präsident der Sekundarschulkommission. Er leitete ferner den Krankenpflegeverein und stand dem Kindergarten vor. Erholung fand er im aktiven Mitmachen bei der Stadtmusik und ganz besonders im Alpenklub, den er ebenfalls präsidierte. Sein aufrichtiges Wesen, sein fester Charakter und seine stete Hilfsbereitschaft, alles Eigenschaften, die man nicht zuletzt auch bei einem echten Raiffeisenmann voraussetzt, brachten es mit sich, dass Mathäus Frutiger ebenfalls waches Interesse für die Raiffeisenbewegung an den Tag legte. Da in Unterseen die erste

oberländische Raiffeisenkasse gegründet wurde und das «Stedtli» daher gleichsam als das bernische Raiffeisen-Rütli betrachtet werden darf, freute sich Mathäus Frutiger, in dieser Organisation mitmachen zu können. Am 12. September 1933, also im Jahr nach seiner Wahl zum Posthalter, trat er der Raiffeisenkasse Unterseen als Mitglied bei. Ende Februar 1948 wurde er zum Vizepräsidenten gewählt, und am 6. März 1949 übertrug man ihm das Amt des Präsidenten, das er bis zum 8. März 1975 mit grossem Geschick und edler Hingabe versah. Er war übrigens der prädestinierte Nachfolger von Dr. Hans Flück, Hauptinitiant und Gründer der Kasse. Dr. Flück war während 25 Jahren entschlossener und tatkräftiger Steuermann, und Mathäus Frutiger wirkte zielbewusst und mit ungebrochener Kraft während 26 Jahren zum Wohle der Raiffeisenkasse Unterseen, die bei seinem Rücktritt einen Bestand von 295 Mitgliedern hatte und über Reserven von rund 353000 Franken verfügte. Die Bilanzsumme belief sich damals auf 11,9 Mio und der Umsatz auf 24,9 Mio Franken. Das sind prächtige Erfolgszahlen, die alle jene ehren, die an der Aufbauarbeit wacker mitgeholfen haben. Eine der markantesten Gestalten im Team der Bauleute, die am intensivsten das Wachstum der Raiffeisenkasse Unterseen gefördert haben, ist Mathäus Frutiger. Er wird in der Geschichte der ersten Raiffeisenkasse des Berner Oberlandes auf alle Zeiten einen ehrenvollen Platz einnehmen. In tiefer Dankbarkeit wollen wir seiner über unsere Zeit hinaus gedenken. *H.*

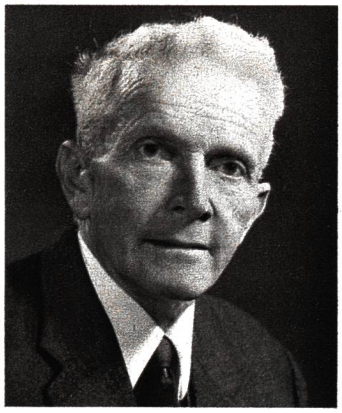


Alois Roos-Theiler, Seeblenschür, Hergiswil LU

Ende Herbstmonat 1976 hat der Schöpfergott seinen treuen Diener Alois Roos-Theiler, Landwirt, Hergiswil, vom zeitlichen Leben heimgerufen. Geboren 1904 auf dem Bergheimet Hauenloch, wuchs er mit sechs Geschwistern auf und besuchte auf beschwerlichem Weg die Primarschule auf dem Menzberg. Schon mit 13 Jahren verlor er seinen Vater und gewöhnte sich daher recht früh an das harte und genügsame Leben eines Bergbauern. Im Jahre 1925 übernahm er mit seinen Geschwistern die Liegenschaft Seeblenschür und verehelichte sich sechs Jahre später mit Franziska Theiler. Der glücklichen Ehe entsprossen sieben Kinder. Ihnen war er ein treubesorgter Vater. Die stille Abgeschiedenheit der Hügellandschaft am Fusse des Napfes hat seinen Charakter geprägt. Friedlich, still in sich gekehrt, genügsam und unermüdlich in seiner Arbeit, stets ein freundliches Lächeln auf seinem Gesicht: so ist man ihm jeweils begegnet. Trotz seiner Stille zeigte Alois reges Interesse an der Öffentlichkeit. Überzeugt setzte er sich für die christlichen Grundsätze in Gemeinde und Staat ein. Als Kenner der Nöte eines Bergbauern leistete er wertvollen Beitrag zur Verwirklichung der Ideen Raiffeisens, war er doch Mitbegründer und Vizepräsident unserer Kasse. Viele Jahre lang versah er auch das Amt eines Schulpflegers und hat sich dabei besonders um die ehemalige Gesamtschule St. Joder angenommen. Wir werden seiner in Dankbarkeit gedenken.

Rosa Steiner-Forrer, Wildhaus SG

Am 11. Juni wurde unsere ehemalige Raiffeisenkasse-Verwalterin Frau Witwe Rosa Steiner von einer grossen Trauergemeinde zur letzten Ruhestätte begleitet. Die Verstorbene erreichte ein Alter von 86 Jahren.
In Wildhaus aufgewachsen, konnte sie daheim schon früh tatkräftig mithelfen; ihr Vater hatte zu jener Zeit als Sticker eine gute Arbeit. Auch auf Wiesen und Äckern gab es genügend Beschäftigung und manchmal auch im Wald, dem Rosa besonders zugetan war. Als aufgewecktes Mädchen machte sie sich gerne allerhand Gedanken über das Geschehen in der Natur und das Leben der Menschen und Tiere. Im April 1912 schloss sie den Bund fürs Leben mit Ernst Steiner aus dem Schönenboden. Der Ehe wurden zwei Söhne und eine Tochter geschenkt. In späteren Jahren, als die Kinder eines nach dem andern von daheim weggingen, konnte sie ihren Mann, der als Förster und als Kassier der Raiffeisenkasse ein ausserordentliches Pensum zu bewältigen hatte, nach Kräften unterstützen. Manchmal fand sie jetzt auch Zeit, ihn auf einem Gang durch die Wälder zu begleiten, und noch lange danach sprach sie gerne von den unvergesslichen Streifen durch die lebendige Natur.
Im März 1946 wurde ihr Mann durch einen tragischen Unglücksfall unerwartet aus der Familie gerissen. Die damaligen Kassabehörden konnten erfreulicherweise Frau Steiner zur Übernahme des Kassieramtes bewegen. Während 20 Jahren hat sie dieses Amt mit Unterstützung ihres Sohnes Ernst, der nach dem Tode des Vaters die Aufgaben des Försters übernahm, mit viel Hingabe und Zuverlässigkeit ausgeübt. So verwaltete die Familie Steiner während 60 Jahren die Raiffeisenkasse und hat zur guten Entwicklung sicher den grössten Teil geleistet. Als Verwalter-Stellvertreterin wirkt noch heute die Schwiegertochter der Verstorbenen, Frau Harriot Steiner-Graf. Der Herrgott belohne diesen ungewöhnlichen Einsatz zum Wohle der Mitmenschen. *Ko.*



Hans Sulser-Hertner Oberschan-Wartau SG

Die Kirche von Gretschins – Wartau – war fast bis zum letzten Platz gefüllt, als wir am 17. September von unserem Vorstandsmitglied Hans Sulser Abschied nehmen mussten.
Geboren am 14. Mai 1907, wuchs er mit fünf Geschwistern im väterlichen Ferggereibetrieb in Oberschan auf. Nach seinem Schulbesuch waren die beruflichen Aussichten in der Stickereibranche derart schlecht, dass er sich gezwungen sah, einen anderen Beruf zu erlernen. Nach verschiedenen Wanderjahren schloss er mit gutem Erfolg sein Diplom in der Molkereifachschule in Zollikofen ab.
Im Jahre 1932 konnte sich Hans Sulser als gelernter Käser in Monstein GR etablieren, wo er auch seine spätere Lebensgefährtin kennenlernte.
Im Jahre 1944 nach Oberschan zurückgekehrt, übernahm er das Geschäft seiner Mutter – Lebensmittelhandlung, Mosterei und Weinbau –, welches er bis zum Jahre 1963 zusammen mit seiner Gattin sehr erfolgreich führte. Aus Gründen übermässiger Arbeitsbelastung der ganzen Familie und gesundheitlicher Rücksicht sah er sich dann veranlasst, das gutgehende Handelsgeschäft zu verkaufen. Während fast zehn Jahren stellte er sein berufliches Können und seine grossen Erfahrungen in den Dienst der Milchgenossenschaft Oberschan. Bis im Sommer 1972 versah er in der Milchzentrale die Betriebsleiterstelle. Das Lebensbild des Verstorbenen wäre aber unvollständig, würde nicht auch seine langjährige und vielseitige Tätigkeit für die Öffentlichkeit erwähnt.
Hans Sulser wurde im Jahre 1951 von der Generalversammlung in den Vorstand der Raiffeisenkasse Wartau-Oberschan gewählt. Während nahezu 25 Jahren übte er gewissenhaft das Amt eines Aktuars aus und setzte sich unermüdlich für das Wohl «seiner» Kasse ein. Zudem wurde der Heimgegangene auch noch in die Vorstände der Elektrokorporation, der Dorfkorporation und Alpkorporation berufen. Aber auch die Dorfvereine in Oberschan konnten immer wieder auf seine aktive Mitarbeit und Unterstützung zählen.
Nun hat uns Hans Sulser für immer verlassen. Er starb am 14. September nach kurzem Spitalaufenthalt an einem schweren Leiden in seinem 70. Lebensjahr. Sein Hinschied hinterlässt nicht nur bei seinen Nächsten eine grosse Lücke, sondern wird auch in allen Kreisen der Bevölkerung schmerzlich empfunden. Die Genossenschafter der Raiffeisenkasse Wartau-Oberschan, und ganz besonders die Mitglieder des Vorstandes und der Verwaltung, werden den Verstorbenen in ehrender Erinnerung behalten.

Humor

Ein Berner bummelt nachts durchs Niederdorf, das Zürcher Vergnügungsviertel. In einer düstern Seitenstrasse bumst ihm ein ruppiger Niederdörfler eine schwere Flasche auf den Kopf, die in Scherben geht. Der Mann aus Bern schüttelt nur unwillig den Kopf und fragt: «Hesch ke Zapfeziejer, du Gali?» (Hast du keinen Korkenzieher, du Trottel?)

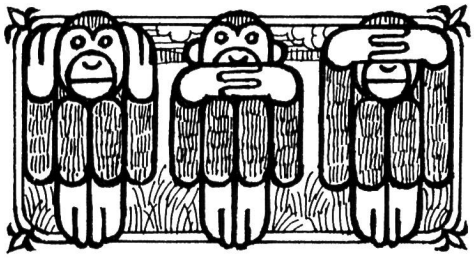
Ein wichtiges Datum ist im Bundeshaus der 21. März: Ende des Winterschlafs, Beginn der Frühjahrsmüdigkeit.

Neuerdings arbeiten weibliche und männliche Bundeshausangestellte nicht mehr im gleichen Raum. Sie haben sich getrennte Schlafzimmer gewünscht.

Aus den Bundeshausbüros sind die Zimmerpflanzen entfernt worden: Blumen im Schlafzimmer seien ungesund.

Ein junger Mann tritt am 1. September morgens eine Stelle im Bundeshaus an. Um acht Uhr schläft er schon. Um neun kommt der Bürochef nochmals vorbei. Der junge Mann pennt wie ein Herrgott. Um halb elf klopft der Chef dem Schläfer auf die Schulter und sagt: «So schnell wie Sie hat sich bei uns noch keiner eingearbeitet.»

Im Bundeshaus wird ein Psychotechniker beigezogen, der untersuchen soll, ob der Betrieb nicht durch Ausmerzung von Doppelspurigkeiten rationalisiert werden könne.
Er geht ins erste Büro. Beide Beamte schlafen. Der Psychotechniker notiert: «Der Sache nachgehen, hier machen zwei genau das gleiche!»



Besinnliches

Du rennst im Kreis und suchst ein Loch?
Du rennst umsonst! Begreif es doch!
Besinn dich! Ein einz'ger Ausweg bleibt
dir noch: Geh in dich! Erich Kästner

Kindlein, liebt euch, und wenn das nicht gehen will, lasst wenigstens einander gelten. J. W. Goethe

Drum frisch hinein und mit frohem Mute! Mit Sorgen und Tränen kommt man nicht weit, und wenn man das Rechte will und das Gute, gelingt's am besten der Fröhlichkeit. Theodor Körner

Ich weiss, dass ein feuriges Pferd auf eben dem Steig, samt seinem Reiter den Hals brechen kann, über welchen der bedächtige Esel ohne zu straucheln geht. G. E. Lessing

Ein Geizhals und ein fettes Schwein kann erst im Tode nützlich sein.
Fr. v. Logau

Wenn du wissen willst, wie die Männer sind, musst du eine Frau sein, willst du wissen, wie die Frauen sind, so frage den lieben Gott. Jakob Lorenz

Die Raiffeisenkasse Gerlafingen

sucht einen

Verwalter im Hauptamt

Wir bieten: Selbständigen, verantwortungsvollen und ausbaufähigen Posten. Angemessene Entlöhnung und eine gut ausgebaute Personalfürsorgeeinrichtung. Moderne neue Arbeitsräume.

Wir erwarten: Seriöse Kenntnisse im Bankfach. Evtl. Ausbildung und Praxis in kaufmännischem Beruf oder in der Verwaltung. Kontaktfreude und guten Umgang.

Eintritt: Nach Übereinkunft.

Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen samt Gehaltsansprüchen sind zu richten an den Präsidenten des Vorstandes,
Herrn Albert Mühlethaler, Veilchenweg 5, 4563 Gerlafingen.

SECURITON

WERTSCHUTZ · SICHERHEITSALARMSYSTEME · SECURITON

FÜR WERTSCHUTZ

Securiton schützt Menschen, Maschinen, Mobiliar, Gebäude, Bar- und Sachwerte vor den Folgen von Einbruch und Überfall. Mit allen Mitteln modernster Sicherheitstechnik.

Grund genug, jetzt mit uns zu sprechen.
Vorbeugen ist besser als nicht mehr heilen können.

DIE FIRMENGRUPPE IM DIENSTE DER SICHERHEIT

Securiton AG
Alarm- und Sicherheitssysteme
3052 Zollikofen
Telefon 031 57 04 92

Contrafeu AG
Brandschutzsysteme
3110 Münsingen
Telefon 031 92 18 33

Securitas AG
Schweizerische Bewachungsgesellschaft
3052 Zollikofen
Telefon 031 57 21 32

SECURITON

CONTRAFEU

SECURITAS

müller safe richtet Banken ein.*

- Nach individuellen Wünschen
- Nach neuesten Erkenntnissen der Sicherheit
- Nach den Gesichtspunkten formschöner Innenarchitektur
- Nach den Grundlagen ökonomischer Wertbeständigkeit

*** Verlangen Sie Unterlagen mit Referenzliste.**

Preisgünstige Ausführung dank Eigenfabrikation.

müllersafe

Bankeinrichtungen, Kassenschränke, Panzerschränke,
Panzertüren, Safes-Anlagen, Schalteranlagen

9500 Wil, Obere Bahnhofstrasse 50, Telefon 073/225222

Aktion Kopiergeräte-Probewochen

Wir stellen Ihnen wahlweise eines unserer Spitzengeräte Toshibafax BD-25 S oder BD-702 A zur Verfügung. Für 3 Tage gratis und unverbindlich, in Ihren Räumen. Damit Sie sich noch vor dem Kauf von der Betriebssicherheit, der einfachen Bedienung und der hohen Kopierqualität überzeugen können.

Rollenkopierer-Preishit Toshibafax BD-25 S

Der Meistverkaufte. Speziell geeignet für dezentralen Einsatz in Grossbetrieben, ideal für kleinere und mittlere Firmen. Durch Verstellen des Formatschiebers können Sie beim BD-25 S praktisch jede Kopienlänge einstellen. Stundenleistung bis 720 Kopien. Vollautomatisch.

Normalpapierkopierer Toshibafax BD-702 A

Das ausgereifte Tischgerät für jedem Einsatz. Es kopiert Blätter, Bücher und Dreidimensionales in Strich und Halbton auf weisses und farbiges Normalpapier. Ein- und beidseitig! Kopiengrösse A5 bis B4. Stundenleistung 600 Kopien. Vorwahlautomatik und Einzelblattzuführung.

Toshibafax-Kopiergeräte

Toshiba

Mit Sicherheit besser kopieren

Kauf – Leasing – Miete

GUTSCHEIN

Aktion Kopiergeräte-Probewochen.
Bitte stellen Sie uns ein Toshibafax-Kopiergerät während 3 Tagen gratis und unverbindlich zur freien Verfügung in unseren Räumen. Benötigtes Kopierpapier wird dazugeliefert, das Gerät von der Ozalid AG kostenlos gebracht und abgeholt.

Wir interessieren uns für den Toshibafax BD-25 S / BD-702 A

Wir benötigen jährlich ca. _____ Kopien

Name/Firma _____

Zuständig _____

Adresse _____

Telefon _____

OZALID AG ZÜRICH

Herostrasse 7, 8048 Zürich, Telefon 01/62 71 71 Rb

ADWORK

BAUER

Bauer Kassenfabrik AG

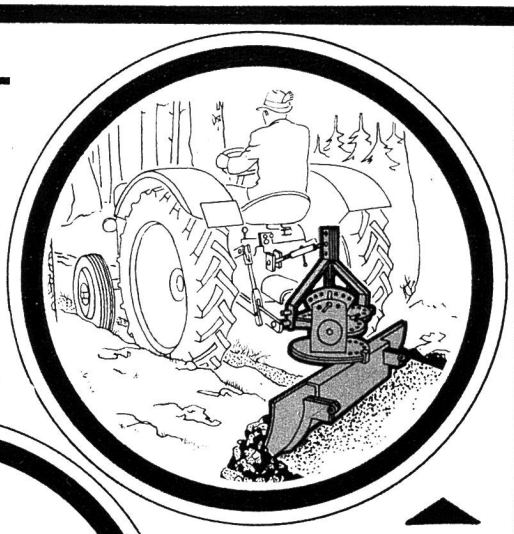
Flughofstrasse 40
8153 Rümlang
Telefon 01/817 70 61

Bankeinrichtungen: Schalter- und Tresoranlagen,
Aussen- und Autoschalter, Nachttresore, Briefabholfächer.
Panzer- und Kassenschränke. Büromöbel «Cockpit».

Wir helfen Ihnen Verantwortung tragen.

FÜR DEN UNTERHALT IHRER FELD- UND WALD-STRASSEN

IN GEMEINDEN KORPORATIONEN ODER IN LOHNARBEIT



Das unübertroffene Rabewerk-Planiergerät ist vielseitig verwendbar zum Abranden, Planieren, Aufreissen und zum Schneeräumen. Zwei Gerätegrössen sind lieferbar. Über 150 Referenzen in der Schweiz.

Wira- und Kobra-Kehrmaschinen mit Wassersprühvorrichtung, Sammelbehälter oder zum Seitwärtskehren, leisten eine saubere Arbeit.. Einfacher Anbau an jeden Traktor.

Modelle für Front- und Heckanbau

Dezlhofer AG
Land- und Kommunalmaschinen
9246 Niederbüren SG
Tel. 071/81 14 21

Gutschein
Senden Sie uns bitte die neuen Prospekte über Planiergeräte, Schneepflüge und Kehrmaschinen
Adresse: _____

KS-Schneepflüge
Mit patentierter Kippautomatik und Rückzugvorrichtung.
Preisgünstig lieferbar
für Jeep, Landrover und Traktoren.

Übersetzungen

In allen Kultursprachen und Fachgebieten
Jean-Paul Rochat
8700 Küsnacht, Seestrasse 231
01/90 58 41 + 90 78 73

Werben Sie für neue Abonnenten des Schweizer Raiffeisenboten

Wegen Nichtgebrauchs günstig zu verkaufen

SAFES-BLOCK

mit 46 Kundenfächern und 2 grossen Bankfächern

Masse: Breite 130 cm
Tiefe 46 cm
Höhe 180 cm

Lieferung sofort möglich

Raiffeisenbank Münchwilen TG
Telefon 073/26 27 44

Tabake und Stumpen

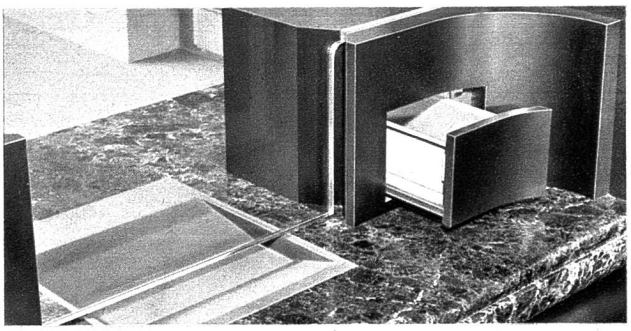
Volkstabak	p. kg 14.40
Bureglück	p. kg 15.40
Älpler	p. kg 17.—
100 Brissagos	31.—
200 Habana	33.70

TABAK-VON ARX
5013 Niedergösgen
Telefon 064 / 41 19 85

Rückgaberecht bei Nichtgefallen

Schalteranlage

mit den neuen, schusssicheren und preiswerten **Durchgabemulden** und **Durchgabeschiebern**. Sie gewährleisten 100%igen Schutz und optimale Sicherheit und die ebenfalls schusssicheren Sprechumlenkungen eine einwandfreie Verständigung. Ein Einbau ist auch an bestehenden Anlagen möglich.
Für die Sanierung der Schalteranlage der Zentralbank in St. Gallen hat sich der Schweizer Verband der Raiffeisenkassen für diese Tell-Sicherheitssysteme entschieden.



TELL

Kassenfabrik und Tresorbau
Brack + Peter, Inh. Jucker + Co.
8810 Horgen - Tel. 01/725 14 12

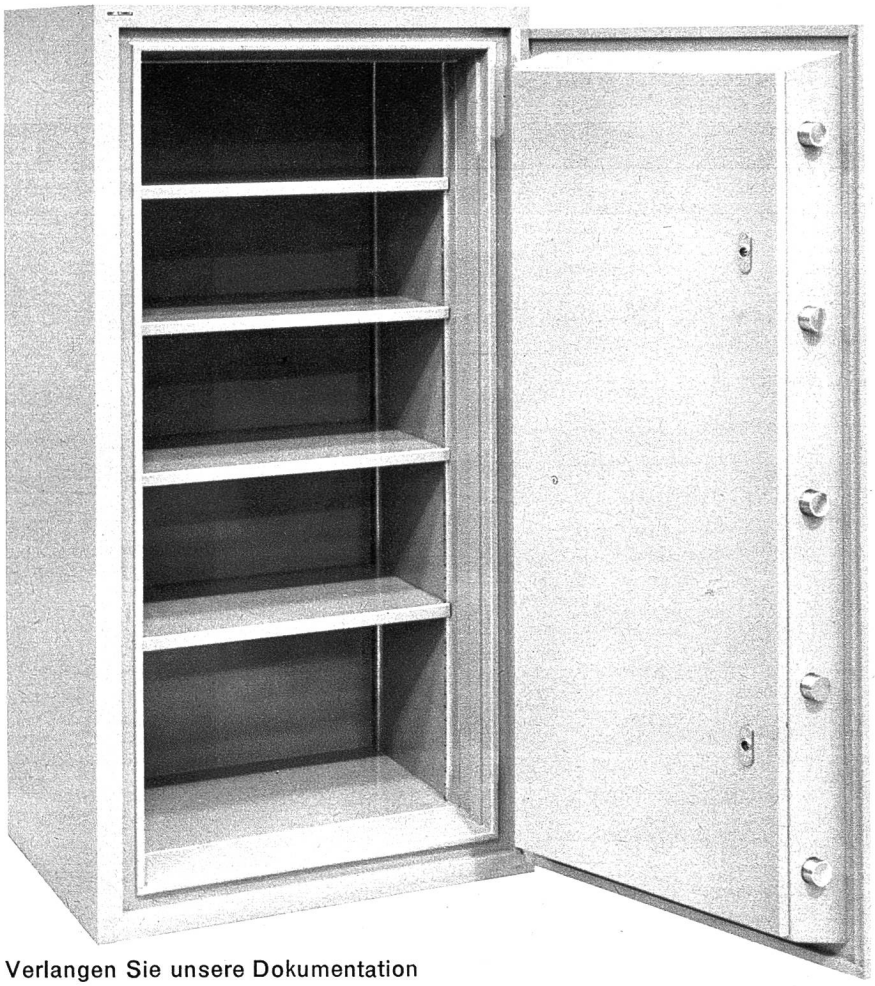
Schalterkassen
Tresoranlagen
Panzer- und Gittertüren
Nachttresoranlagen

Kassen- und Bücherschränke
Panzerschränke
Magnetbandschränke
Registraturschränke

Inserieren
Sie im
Schweizer
Raiffeisen-
boten

Führend in

Panzer- und Kassenschränken



Verlangen Sie unsere Dokumentation
Armin Bräm AG, 8805 Richterswil
Kassenschrank- und Tresorbau
Tel. 01 / 76 05 75

Zu kaufen gesucht

Kundentresor

mit ca. 50 Safe-Fächern, möglichst eintürig.

Welche Bank hat infolge Neubau einen solchen Occasion-Panzerschrank günstig abzugeben?

Raiffeisenkasse Untersiggenthal
5417 Untersiggenthal Tel. 056 281 6 20

PARTNER-MOTORSÄGEN

Beratung – Service – Verkauf
Forst Weikart
8152 Glattbrugg
Unterrietstrasse 2, Telefon 01 - 810 65 34

Coupon
Bitte Katalog und Prospekt zustellen
Name:
Strasse:
PLZ/Ort: 22

ASSA SCHWEIZER ANNONCEN AG
ST. GALLEN 071 22 26 26
Seit über 50 Jahren der praktische Weg vom Inserenten zur Zeitung